BERLIN: WILLKOMMEN ZUR WOCHE DER DEMOKRATIE VON 30.7. BIS 6.8. SEITE 7

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER Seite 6

War da was?
»20.000...«

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 99 ab Samstag 30. Juli 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



Am 1. August bin ich in Berlin, damit unsere Heranwachsenden nie wieder in ihrem Recht auf freies Atmen eingeschränkt werden.

Stefanie Matt, Dipl. Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin (FH), staatl. anerkannte Erzieherin

Ich bin bei der Woche der Demokratie in Berlin, weil Diskriminierung, Diffamierung und Verfolgung von andersdenkenden Menschen Grundrechtsverletzungen sind.

Margot A. Winkler, Hochschulsekretärin i. R.

Einigkeit und Recht und Freiheit

Der Fünf-Punkte-Plan. Die deutsche Demokratiebewegung strebt seit 28. März 2020 mit täglichen Demonstration im ganzen Land an: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat. 4. Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. Siehe auch NichtOhneUns.de

An der Kampagne, mit der das Bündnis »Wir sind Viele« zur Woche der Demokratie nach Berlin aufruft, lässt sich sehen, was die Beweggründe sind, auf Berlins Straßen zu demonstrieren.

Seit zweieinhalb Jahren sprechen sich unzählige Menschen einfach nur für die Einhaltung der Grundgesetze in Deutschland aus. Sie riskieren dafür alles. Ja, wirklich alles – selbst ihr Leben. Bei den Umzügen für die Wahrung der Demokratie und Freiheit kamen bisher zwei Menschen ums Leben – beide jeweils in einer Polizeimaßnahme. Doch die Demonstranten zeigten Disziplin und blieben trotz allem friedlich. Obwohl die Polizei von Anfang an mit brutalster Gewalt gegen die Menschen, die sich in den Straßen versammelten, zum Einsatz kam.

Einsatzhundertschaften, über deren Vergehen redliche Polizisten nur den Kopf schütteln, gingen auf Frauen, Alte und sogar Menschen im Rollstuhl los. Selbst der UN-Sonderbeauftragte für Folter mischte sich schließlich bestürzt ein. Es schien, als wollte die Exekutive einen Bürgerkrieg heraufbeschwören. Üben konnte sie diesen an den vielfältigen Gruppierungen jedenfalls nicht: Die Demonstranten blieben über zweieinhalb Jahre hinweg friedlich, auch wenn Einsatzkräfte, Verfassungsschutz (Reichstag) und Medien bisher alles getan haben, um die Lage zu eskalieren. Doch der teuflische Plan geht nicht auf.

Weiter ➔ Seite 7



Wir sind Eltern und die Anwälte unserer Kinder, deshalb werden wir auf der Woche der Demokratie auch dabei sein.

Anne Lehniger, Studentin der Sozialen Arbeit
Ingolf Kersten, Galabauer



Warum ich zur Woche der Demokratie aufrufe? Weil ich die Rede von Marian Turski am 27. Januar 2020 in Auschwitz gelesen habe und seine Warnung ernstnehme.

Dr. Uwe Alschner, Historiker und Publizist



Warum ich bei der Woche der Demokratie dabei bin? Weil am 1. August 2020 Geschichte geschrieben wurde.

Sophia-Maria Antonulas, Journalistin



Ich bin bei der Woche der Demokratie dabei, weil Grund- und Menschenrechte immer wieder verteidigt werden müssen.

Ralf Ludwig, Rechtsanwalt



Ich komme am 30. Juli, 14 Uhr, zum Brandenburger Tor, weil es ohne Demokratie nicht geht!

Uli Gellermann, Journalist



Warum ich am 1. August in Berlin bin? Meine rote Linie ist längst überschritten. Wir müssen den Wahnsinn beenden. Jetzt!

Nadine Strotmann, Journalistin

#FreeBallweg

Das genozidale Unrechtsregime hält seit 29. Juni 2022 den echten Demokraten Michael Ballweg in Stuttgart-Stammheim gefangen. Die größte Demokratiebewegung der Geschichte wächst seither wieder stark ➔ Seite 6



Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 99. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

- Dr. Brandenburg mit Preis der Republik geehrt, Seite 2
- Biologe Markus Fiedler zu den Corona-Lügen, Seite 3
- Jurist Pankalla: Hartz ist verfassungswidrig! Seite 4
- Hermann Ploppa: Das Fossil Robert Habeck, Seite 9
- Wolfgang Greulich: Motor Mittelstand, Seite 10
- Felix Feistel: Landwirte stehen auf, Seiten 12/13
- Links? Im Regenbogen-Tanga für den Krieg, Seite 14
- Nix wie weg: Diese Banken sind das Letzte, Seite 14
- Sport mit Berthold Seite 15 • Grundgesetz Seite 16

WIRSINDVIELE.BERLIN

Arzt mit Humor

Der Preis der Republik wird an Dr. Paul Brandenburg vergeben.
LAUDATIO von Sophia-Maria Antonulas



Der Platz hier reicht bei weitem nicht aus, um eine gebührende Lobeshymne auf Dr. Paul Brandenburg zu verfassen. Er gehört zu den Menschen, die sowohl Hirn als auch Herz in ihre Handlungen einfließen lassen.

Brandenburg trägt durch seine Fernsehauftritte, eigene *Podcasts* und Reden zur Aufklärung bei. Dabei geht es nicht nur um medizinische Themen. Er lernt ständig dazu und wird nicht müde, die Untaten der Regierung anzuprangern und sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen. Brandenburg verliert selbst dann nicht den Humor, wenn ein SEK frühmorgens seine Wohnung stürmt, ihn niederschlägt und Handschellen anlegt. Oder wenn er von der Staatsanwaltschaft oder dem Landeskriminalamt Post erhält. Er bleibt sich selbst treu und ist ohne Umschweife für seine Freunde zur Stelle – eine Qualität die ihn als Notarzt auszeichnet. Als Freunde bezeichnet der Arzt und Publizist inzwischen nur mehr diejenigen, bei denen er auch mitten in der Nacht anklopfen kann und Einlass bekommt. Lieber Paul Brandenburg – ich bin mir sicher, Sie haben mehr wahre Freunde als je zuvor.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Dr. Paul Brandenburg. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

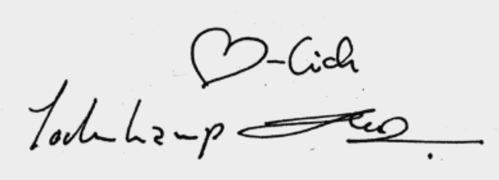
Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann.

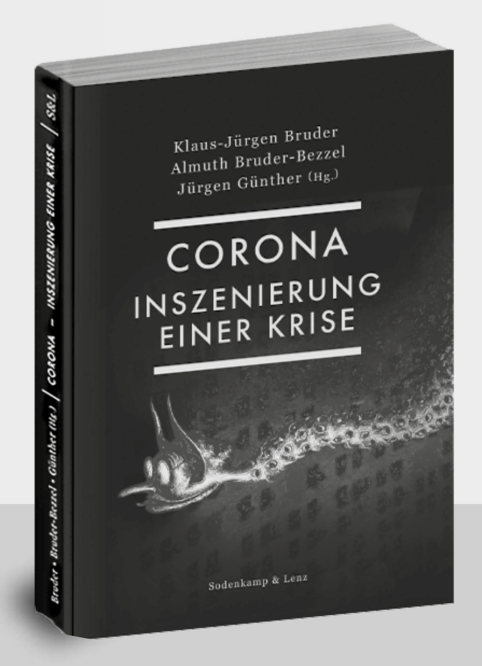
Wir



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Herzlich willkommen zur Woche der Demokratie in Berlin. Seit 28. März 2020 kämpfen wir für das Grundgesetz, den Nürnberger Kodex und das Menschenrecht. Und wenn es nicht anders geht, so lasst uns mehr Demokratie wagen: Es lebe die Revolution!





DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Jugend ohne Erkenntnis

EINWURF *von Werner Köhne*

Erfahrungshunger: so lautet der Titel eines langen Essays von Michael Rutschky über eine ganze Dekade, die 1970er Jahre. Damals schienen viele, vor allem junge Menschen, besessen von der Idee einer sinnlich ausagierten Selbstverwirklichung, die bald schon die politische Diskussion überlagern sollte.

Selbst das Ziel der Emanzipation verlor man zugunsten der Konzentration auf die sogenannten Beziehungskisten und das »wahre« Leben aus dem Fokus. Der Urvater aller westlichen Gurus Timothy Leary verstieg sich damals zu der These, dass die vom Zeitgeist vermittelte Bob Dylan-Losung »Strike another match, go start anew/it's all over now Baby blue« mehr Tote nach sich gezogen habe als der Vietnamkrieg.

Während ich dies schreibe, wird mir klar, wie sehr die Zeit damals sich von der heutigen unterschied. Nein, »unterschied« wäre viel zu harmlos ausgedrückt bezogen auf den mentalitätsgeschichtlichen Bruch, der sich dann vollzog und der gegenwärtig eine prekär sich ins Alter ausdehnende Dauerjugend als politisches Subjekt des Widerstands fast nahezu ausfallen lässt, während damals selbst die Orgasmusschwierigkeiten einen politischen Over-Drive bekamen.

Allen damaligen Dummheiten zum Trotz: Für mich gehört es zu den schlimmsten Auswirkungen der coronierten Systementwicklung und der Merkel-Politik, die Jugend, dieses politische Subjekt von Natur aus, ausgeschaltet zu haben. Ist der Erfahrungshunger der jungen Leute einer strebsamen oder zynischen Ignoranz gewichen? Was ist der Beitrag der Jugend heute speziell da, wo sie mit der säurehaltigen Doppelmoral und autoritären Maßnahmen befriedet wird?

Es gibt in Rutschkys Buch einen Satz, der aus der Zeitgeistanalyse hervorsticht: »Erst, wenn eine Geschichte zu Ende geht, beginnt Erfahrung.« Liegt diese Erfahrung in Bezug auf das Corona-Narrativ jetzt schon aus oder wird sie womöglich auch in ein paar Jahren nicht einen sinnvollen Abschluss mit Erkenntnisgewinn bilden? Wird eine Jugend, die heute in großen Teilen unter dem Bann eines verhinderten Lebens steht, je begreifen können, was uns – und vor allem ihr selbst – heute angetan wird? Die Eule der Minerva beginnt ihren Flug erst in der Dämmerung.



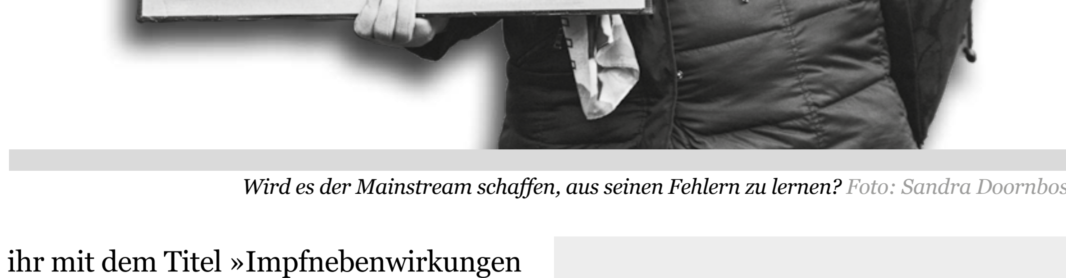
DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

KOMMT DER SPIEGEL AUF DEN TRICHTER?

Die massiven Nebenwirkungen der Corona-Geninjektionen kommen allmählich auch beim Spiegel an. | Von Markus Fiedler



Wird es der Mainstream schaffen, aus seinen Fehlern zu lernen? Foto: Sandra Doornbos

Die Autoren des *Spiegel*-Artikels »Hat die Coronaimpfung mehr Nebenwirkungen als gedacht?« Imre Balzer, Katherine Rydlink und Sandra Sperber müssen die letzten Monate hinter dem Mond verbracht haben, dass ihnen die offensichtlichen und massiven Nebenwirkungen der genomverändernden Behandlung der ahnungslosen Bundesbürger bis zum Juli 2022 nicht aufgefallen sein kann.

Oder es könnte an den von ihnen rezipierten Medien liegen, dass die drei Autoren bis jetzt im Dunkeln getappt sind. Herr Balzer twittert zum Beispiel fleißig Kommentare von der Amadeu Antonio Stiftung, dem einschlägig bekannten *Tagesspiegel*-Autor und Corona-Maßnahmen-Propagandisten Julius Geiler und Klimaaktivisten, die Sitzblockaden auf der Straße machen und sich auch gerne mal irgendwo festkleben. Beiträge zur *Gender*-Ideologie und *Transgender*-Feindlichkeit werden auffällig häufig von Herrn oder Frau Balzer*:_in weitergeleitet (ich gehe hier auf Nummer sicher, wer weiß schon, welches Geschlecht er gerade für sich definiert). In Sachen Medizin fallen einzig Beiträge von Christian Drosten und ein Diagramm zu den Covid-Infektionen auf.

Die Dame Katherine Rydlink studierte Kulturwissenschaften, Politikwissenschaften und Journalistik. Zu Corona schrieb sie beispielsweise am 22. Dezember 2021 noch folgende *Headline*: »Eltern in der ersten Impfwoche bei Kindern ab fünf Jahren – ›sehr impffreudig, top informiert‹. Seit gut einer Woche können Kinder ab fünf Jahren gegen das Coronavirus geimpft werden. Einige Experten raten zur Zurückhaltung. Von 2,2 Millionen bestellten Biontech-Kinderdosen wurden 210.000 verimpft. Doch das gilt als Erfolg.« Zu Sandra Sperber lesen wir im *Spiegel*-Impressum: »Seit 2006 bei *Spiegel TV* in Berlin. Volontariat mit Kamera- und Schnittausbildung. Seit November 2009 Videoredakteurin bei *Spiegel Online*. Ab 2011 als Videojournalistin vier Jahre lang in Washington D.C.. Danach Video-Reporterin im Hauptstadtbüro. Seit Januar 2019 Ressortleiterin Audio.«

QUALITÄTSJOURNALISMUS GEHT ANDERS

Keiner der Autoren kann eine irgendwie geartete Ausbildung in Medizin oder Biowissenschaften vorweisen. Diese Autoren schreiben aber über ein medizinisches Thema. Wohlgemerkt, wir reden hier nicht über ein x-beliebiges Lokalblatt, sondern über den *Spiegel*. Kann sich der *Spiegel* keine Fachautoren mehr leisten? Was sind das für drittklassige Schreiberlinge? Vielleicht können Sie jetzt nachvollziehen, warum viele dieses Revolverblatt als »ehemaliges Nachrichtenmagazin« bezeichnen.

Was im besagten Beitrag des *Spiegel* vom 20. Juli 2022 steht, lässt den erfahrenen Leser sprachlos und wütend zurück. Es wird der Leidensweg eines Impfgeschädigten ausführlich beschrieben. Soweit so gut. Wir lesen: »Ich wollte dann ins Bad und eigentlich nur duschen, aber ich hatte keine Kraft mehr zu stehen, meine Brust hat unglaublich stark pulsiert.« Müller wählt den Notruf. An diesem Tag beginnt für ihn ein langer Leidensweg mit Dutzenden Arztbesuchen. Müller ist fest davon überzeugt, dass die Symptome mit der Impfung zusammenhängen.« Darunter folgt der Absatz: »Die *Spiegel*-Redakteurin Katherine Rydlink erklärt, woher die rätselhaften Symptome kommen könnten, warum sie nicht als offizielle Nebenwirkungen der Impfung erfasst werden und weshalb eine Impfung dennoch empfehlenswert ist.« Eine Kultur- und Politikwissenschaftlerin gibt medizinische Empfehlungen! Das ist unglaublich.

Die Autorin Rydlink ist auch in einem weiteren Artikel vom 12. Juni 2022 den Nebenwirkungen auf der Spur. Dessen Titel: »Unerklärliche Symptome nach der Coronaimpfung – und alle ducken sich weg«. Dass die Autorin Rydlink hier insgesamt aber im absoluten Blindflug auf ihr fremdem Terrain unterwegs ist, kann man daran erkennen, dass der *Spiegel* am 8. März 2022 noch einen Artikel von ihr mit dem Titel »Impfnebenwirkungen meist harmlos und schnell vorüber« veröffentlichte. Darin zu lesen: »Viele Menschen hatten oder haben Angst vor Impfnebenwirkungen. Eine große US-Studie stellt nun klar: Die meisten Reaktionen sind unbedenklich. Nur in wenigen Einzelfällen kam es zu schweren Nebenwirkungen oder Todesfällen.«

KRIMINELLE JOURNALISTISCHE VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT

Zu einem Zeitpunkt, an dem die alarmierenden Hiobsbotschaften schon so laut wurden, dass sie nicht mehr zu ignorieren waren, wiegt die Autorin die Leser immer noch in Ruhe über die Gen-»Impfungen« mit zahlreichen Nebenwirkungen inklusive Todesfolge aber ohne Schutzwirkung.

Fassen wir zusammen: Der Spiegel taugt nicht für eine kritische und frühzeitige Aufklärung der Leser. Artikel mit Warnungen zu Corona-Impfungen sind halbherzig, relativieren die Nebenwirkungen und sind viel zu spät auf der Bildfläche erschienen. Das was an heftigen Nebenwirkungen beim Demokratischen Widerstand und in den anderen unabhängigen Medien schon seit über zwei Jahren umfassend und ausführlich diskutiert wird, kommt jetzt gerade einmal in Fragmenten beim *Spiegel* an, und das zu einem Zeitpunkt, an dem sich bereits Millionen unaufgeklärter Patienten die Corona-Genimpfung haben geben lassen. Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.



MELDUNG

PFIZER-GENSTOFF MACHT BABIES KRANK

New York City/DW. Jüngst wurde der Pfizer-Impfstoff für Babys freigegeben. Für Fachleute war es von Anfang an vollkommen unverständlich, wie bei der inzwischen weltweit bekannten auffällig hohen Sterbe- und Nebenwirkungsrate bei Erwachsenen der »Impfstoff« auch für Babys freigegeben werden konnte. Die Antwort lautet: Die Studiendaten wurden frisiert. Von 4.526 Babys, die anfangs an der Studie teilnahmen wurden insgesamt 3.000 Probanden, also etwa zwei Drittel, von der Studie ausgeschlossen. Das ist sehr sehr auffällig. Bekamen diese Babys zwischen der Verabreichung der drei Impfdosen Corona?

Das Internetportal *tkp.at* veröffentlichte am 14. Juli 2022 eine Übersetzung von Dr. Claire Craig, einer diagnostischen Pathologin. Sie berichtet Unfassbares zu den Daten von Pfizers Zulassungsstudie, die laut Craig einer beschönigenden Massage unterzogen wurden. Nach Rohdaten seien ungeimpfte Babys besser gegen Covid geschützt als die geimpften.

Dies ist nicht das erste Mal, dass der Pharmariese Pfizer durch unethisches Verhalten aufgefallen ist. Berühmtberüchtigt wurde der Konzern mit einer Studie zum Meningitis-Medikament Trovan in Nigeria, die viele Opfer forderte. (mfi)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	Ø 2016-19	2020	2021	2022
Jan.	86.964	84.980	106.579	88.407
Feb.	85.543	80.030	82.090	81.510
Mär.	90.112	87.396	81.798	92.622
Apr.	76.367	83.830	81.710	84.573
Mai	75.132	75.835	80.816	80.573
Jun.	70.411	72.159	76.726	
Jul.	74.016	73.795	76.600	
Aug.	73.650	78.742	76.334	
Sep.	69.790	74.243	77.758	
Okt.	75.523	79.781	84.850	
Nov.	75.569	85.989	93.524	
Dez.	82.570	108.329	102.396	
insgesamt	909.389	985.572	1.021.181	427.685

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

FRANKREICH STREICHT RUNDFUNKGEBÜHR

Paris/DW. Mit 157 zu 57 Stimmen schaffte das französische Parlament, die sogenannte Nationalversammlung, am Montag die Rundfunkgebühren ab. Der umstrittene Präsident Emmanuel Macron hatte dies im Wahlkampf versprochen, um für »Entlastung der Bürger« zu sorgen. Macron will die Propaganda künftig direkt aus den Steuermitteln finanzieren. Die Gebühr hatte bis dato 138 Euro im Jahr betragen (zum Vergleich: Der Zwangsbeitrag »GEZ« beläuft sich in der BRD auf 220,32 Euro im Jahr). (ale)

WDR-FUNKTIONÄRE STREIKEN

Düsseldorf/DW. Am Dienstag streikten viele Mitarbeiter des *Westdeutschen Rundfunks* (WDR). Die Propagandisten des *WDR* gelten as die bestbezahlten angestellten Medienschaffenden in der BRD. Die umstrittene DGB-Gewerkschaft »DJU in Verdi« hatte zum Streik aufgerufen, um einen Inflationsausgleich zu erreichen. Die *WDR*-Leitung versuchte, sogenannte Streiklisten durchzusetzen, auf der sich Streikende einzutragen hätten. Verdi wies darauf hin, dass wenn Gewerkschaften »zum Streik aufrufen und die Arbeitnehmer sich dem Streikaufruf anschließen, die Arbeitspflicht für die Dauer des Streiks aufgehoben (ist). Soweit in einem bestreikten Betrieb rechtswirksame Regelungen über Verhaltens- und Abmeldepflichten der Arbeitnehmer beim Verlassen des Arbeitsplatzes oder des Betriebes bestehen, gelten diese nicht für Streiks!« (ale)

AFFIGE PANDEMIE

Genf/DW. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus hat die Affenpocken zu einer »Notlage von internationaler Tragweite« erklärt. Die Einstufung soll die internationale Gemeinschaft dazu bewegen, Maßnahmen zu ergreifen und Fälle zu melden. Das Expertengremium konnte indes zuvor keinen Konsens über die von der Krankheit ausgehenden Gefahr erreichen. Ghebreyesus hat daher im Alleingang entscheiden, die Notlage auszurufen. Bislang gibt es angeblich 16.000 Fälle in über 70 Ländern. Hauptsächlich betroffen ist Europa, die USA melden zwei Fälle. Die Krankheit ist in der Regel nicht mit einem tödlichen Ausgang verbunden. (ffe)

MENSCHEN LEHNEN »GENDERN« AB

Leipig/DW. Laut einer aktuellen Umfrage des Senders *MDR* lehnt eine Mehrheit von über 80 Prozent der Menschen das Gen*dern generell ab, fordere aber materielle Gleichstellung. Die Veröffentlichung der Umfrage überrascht, da das Propagandaportal *MDR* als vom Konzernoligarchen-, Biopolitik- und Kriegsregime (Nato-Regenbogen) gleichgeschaltet gilt. (ale)



Offensichtlich lügnerische Betriebspraxis: Das Universitätsklinikum Frankfurt am Main. Foto: Rupp

Corona-Positive arbeiten im Krankenhaus

Skandal im Universitätskrankenhaus Frankfurt: Corona-Positive werden zur Arbeit genötigt trotz angeblicher »Impf«-Quote von 96,5 Prozent und Aussperrung von »Ungeimpften«!

BERICHT UND KOMMENTAR von Luca Wagner

Seit dem 16. März 2022 gilt die einrichtungsbezogene Impfpflicht in deutschen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Zwar dürfen derzeit noch ungeimpfte Personen im medizinischen Bereich tätig sein, diese wurden aber von ihren Betrieben an das jeweilig zuständige Gesundheitsamt gemeldet und müssen seither jeden Tag fürchten, ihr Einkommen zu verlieren.

Mit einer Impfquote von 96,5 Prozent nach Angaben der Leitung liegt das Universitätsklinikum Frankfurt am Main nochmals 2,5 Prozent über dem Bundesdurchschnitt der deutschen Krankenhäuser. Und dennoch, oder gerade deshalb, hat dieses mit einem enormen Personalmangel aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle zu kämpfen.

»IMPF«-ZWANG MACHT KRANK

Noch im April hatte der Vorstandsvorsitzende und Ärztliche Direktor des Uniklinikums Frankfurt, Jürgen Graf (53), die Impfbereitschaft seiner Mitarbeitenden mit den Worten: »Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit einem vollständigen Impfschutz ihr Verantwortungsbewusstsein beweisen. Sie schützen damit sich, ihre Mitmenschen und insbesondere unsere Patientinnen und Patienten.«

Birgit Roelfsema, ihrerseits Pflegedirektorin am Uniklinikum Frankfurt brüstete sich mit der Aussage: »Mit einer hohen Impfbeteiligung sichert gerade auch unser Pflegefachpersonal nicht nur den Schutz der vulnerablen Personen im Krankenhaus, sondern es sorgt auch dafür, dass die Krankenversorgung im Universitätsklinikum Frankfurt jederzeit gewährleistet ist.« Knappe vier Monate nach diesen Aussagen erschien nun ein Artikel auf der Plattform *t-online*, welcher auf den bedenklich hohen Krankenstand am Uniklinikum Frankfurt aufmerksam macht. Nun kommt es zu der Sonderregelung, dass positiv getestete Mitarbeitende nach fünf Tagen der Isolation und zweitägiger Symptomfreiheit freiwillig die Arbeit wieder aufnehmen dürfen – es mehr oder weniger müssen!

Der Grund für diese Entscheidung sei laut Graf, »die Gefahr, dass die Patienten nicht mehr versorgt werden können, mit dem Restrisiko, dass die Infektion weitergegeben wird« – so zu lesen wiederum bei *t-online*.

Schon spannend, dass die gelobte Impfbereitschaft der Mitarbeitenden zu einem solch hohen Krankenstand unter diesen geführt hat, dass die Weiterversorgung der Patienten nicht mehr gewährleistet werden konnte, ohne Inkaufnahme der Weitergabe von Infektionen. Das einzig logische Fazit muss sein: Der einrichtungsbezogene »Impf«-Zwang muss verschwinden.

Deshalb sehen wir uns alle am 1. August um 14 Uhr rund um den Bundestag in Berlin, um diesem Wahnsinn ein Ende zu bereiten!

Hartz ist verfassungswidrig

KOMMENTAR ***von Rechtsanwalt Gordon Pankalla***

Die jüngste Anpassung des Hart IV-Regelsatzes zum 1. Januar 2022 um lediglich drei Euro auf aktuell 449 Euro gleicht nicht einmal die Preisentwicklung aus. Im Gegenteil, sie führt zu einem realen Kaufkraftverlust und ist im Ergebnis verfassungswidrig.

Laut dem Vorschlag des Arbeitsministers Hubertus Heil (SPD) sollte es eine Erhöhung der Regelleistungen um 40 bis 50 Euro geben. Die ist aber immer noch weit entfernt von dem, was seit längerem von Sozialverbänden und in der Fachdiskussion als richtig bemessener Regelbedarf gefordert wird.

So hatte im Januar 2022 der Paritätische Wohlfahrtsverband eine Berechnung vorgelegt, die zu einer ganz anderen Summe kommt: Ein armutsfester Regelsatz müsse nach Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle aktuell 678 Euro für einen alleinstehenden Erwachsenen betragen und damit um mehr als 50 Prozent höher liegen, als die derzeit gewährten Leistungen in der Grundsicherung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert, dass der Regelsatz durch statistische Tricks willkürlich kleingerechnet worden sei. Vor der Bundestagswahl war den Armen noch ein Bürgergeld versprochen worden, das Projekt ist in der »Ampel« aber nach wie vor umstritten: Zu dem Vorschlag von Hubertus Heil – Erhöhung um 40 bis 50 Euro – hieß es aus der FDP, der Koalitionsvertrag enthalte »ein klares Bekenntnis dazu, Hartz-IV-Empfängern mehr von ihrem selbst verdienten Geld zu belassen«.

Hierzu erwarte man Vorschläge des Arbeitsministers. Die Lindner-Partei feiert also lieber Prunk-Hochzeit auf Sylt und setzt auf Zuverdienst, anstatt den Regelsatz auf ein verfassungsgemäßes Niveau anzuheben. Gleichzeitig hat man aber Geld für Waffen und Hilfsleistungen im Ausland. Eine zweifelhafte Auslegung des Sozialstaatsgebots gemäß Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes (Seite 16 dieser Ausgabe).

FORDERUNG NACH AUSGLEICH VON PREISSTEIGERUNGEN

Die Forderung nach einem zeitnahen Ausgleich von Preissteigerungen ist dabei nicht aus der Luft gegriffen, sondern man kann sich hier durchaus auf eine entsprechende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berufen, konkret auf zwei Urteile des BVerfG aus den Jahren 2010 und 2014:

»Der Gesetzgeber hat ... Vorkehrungen zu treffen, auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Preissteigerungen oder Erhöhungen von Verbrauchsteuern, zeitnah zu reagieren, um zu jeder Zeit die Erfüllung des aktuellen Bedarfs sicherzustellen, insbesondere wenn er wie in § 20 Abs. 2 SGB II einen Festbetrag vorsieht.« (BVerfG 09.02.2010 – 1 BvL 1/09 ua, Rn. 140)

»Ist eine existenzgefährdende Unterdeckung durch unvermittelt auftretende, extreme Preissteigerungen nicht auszuschließen, darf der Gesetzgeber dabei nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten.« (BVerfG 23.07.2014 – 1 BvL 10/12 ua, Rn. 144)

Wirtschaftsvertreter warnen schon jetzt vor einem dramatischen Wohlstandsverlust in Deutschland und der größten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Aber der Ampelregierung sind ideologische Ziele offenbar wichtiger, als die Einhaltung der Verfassung – insbesondere die Grundsicherung der eigenen Bürger.

Sektempfang im Kriegsgebiet

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Wer hat noch nicht, wer will nochmal? Frei nach diesem Motto reisen unsere Politiker weiterhin ins Krisengebiet in die Ukraine.

Diese Woche waren Innenministerin Nancy Faeser, SPD, und Hubertus Heil stil- und zielsicher unterwegs. Beide im Partnerlook mit Jeans, hellblauem Hemd und Panzerweste, erst vor der populären Ruine in Kiew, dann beim fröhlichen Sektempfang.

Ein Foto kursierte vergangene Woche im Netz, auf dem Faeser und Heil gemeinsam mit dem Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, auf einem Balkon in Kiew Sekt trinken, lachen, fröhlich und ausgelassen sind. Ob sie beim Empfang gemeinsam auf die neue Schwerwaffenlieferung aus Deutschland angestoßen haben? Oder auf noch mehr Elend, Tod und Leid, das zwangsläufig mit jedem Tag Krieg wächst? Oder darauf, dass sie sich als Kriegstreiber bei all dem noch nicht einmal die Hände schmutzig machen? Unsere Regierung präsentiert sich siegessicher, schambefreit, unempathisch und abgehoben, wie einst die Fürsten in der Feudalherrschaft. Hochmut kommt vor dem Fall!

PANZERHAUBITZEN FÜR DEN FRIEDEN

Denn während Deutschland weiter Panzerhaubitzen und Mehrfachraketenwerfer in die Ukraine liefert, strömt immer weniger Gas aus Russland zu uns. Kinderbuchautor und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne), der bekennende Vaterlandshasser und Jammerlappen, warnt, ohne wirklich eine konkrete Lösung für diesen Winter zu haben. Will er das denn überhaupt? Werden nicht gerade grüne Träume wahr, Deutschland endgültig zu ruinieren, zu deindustrialisieren, nachdem das Land jahrelang bewusst von der verkappt-grünen Ex-Kanzlerin heruntergewirtschaftet wurde? Habecks Partei-Kollegin Katrin Göring-Eckhardt schreibt dazu auf Twitter: »Wir werden ohne Putins Gas auskommen. Punkt.« Die Einfachheit und Überzeugung dieser klaren Botschaft kann nur von einer Person kommen, die nicht ansatzweise in der Lage ist, kleine komplexe Denkaufgaben zu bewältigen, geschweige denn, Kausalitäten und Konsequenzen zu erahnen. Wäre sie doch bloß Küchenhilfe geblieben!



Korruption, Kriegsgeilheit und Werteverfall: Willkommen in der grünen Bananenrepublik Deutschland. Foto: Sandra Doornbos

Am Ende des Tages braucht die Regierung für ihre nächste selbstherbeigeführte Krise wieder einen Sündenbock. Dieses Mal sind es nicht die Ungeimpften, dieses Mal ist es Putin. Wie schon in der Corona-Erzählung gibt es auch jetzt wieder nur Schwarz oder Weiß, Fakten werden verdreht, aus dem Zusammenhang gerissen, und ebenso gibt es keine konkrete Zielsetzung, wann Sanktionen enden oder diplomatische Gespräche mit einer Atommacht (!) aufgenommen werden, um Frieden zu schaffen. Es scheint, dass dieser Krieg ebenso gekommen ist, um zu bleiben, wie Corona. Oder wie Karl Lauterbach. Trotz massiver Kritik bleibt Karlchen im Sattel, strampelt und zappelt, jammert und jault. Und so wird er uns auch in diesem Herbst weiter mit Corona-Maßnahmen quälen, die nur einen Sinn haben: uns umzuerziehen. Freuen Sie sich also gemeinsam mit mir auf dunkle und kalte Wohnzimmer, Masken- und Impfterror. Und auf Bewachung von Nachbarn, die vermuten, Sie seien ein Querdenker! Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.



Das sommerliche Zwischenfazit – Teil 2

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Unter dem Vorwand, dass auf und am Rande von Demonstrationen die Filmenden gegen die »Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes« (§ 201 StGB) verstoßen würden, wechselten zahlreiche Mobiltelefone schnell den Besitzer – nämlich im Rahmen einer Beschlagnahme durch die Beamten. Eine höchst beklemmende Situation für den mutmaßlichen »Täter«.

Die von mir betreuten Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen § 201 StGB führten allesamt zu einem Freispruch. Denn Beamte, die in der Öffentlichkeit in ihrer Eigenschaft als Vertreter des Staates agieren, sprechen niemals vertraulich und können sich deshalb nicht auf den Schutzzweck des § 201 StGB berufen. Hinzu kommt, dass selbst dann, wenn kein Passant in der Nähe der Örtlichkeit war, sich die Szenerie in der sogenannten »faktischen Öffentlichkeit« abspielt, was ebenfalls die Vertraulichkeit entfallen lässt.

In einem von mir betreuten Strafverfahren erwarte ich alsbald die erste OLG-Entscheidung in einem »201er-Verfahren«. Hiernach dürfte dann vorläufig bundesweite Rechtssicherheit bestehen. Ein anderer bei Polizisten beliebter Straftatbestand ist der § 33 KunstUrhG. Nie gehört? Hier geht es um die unrechtmäßige Veröffentlichung von Bildnissen. Hier wurden die Filmenden dann strafrechtlich verfolgt, wenn sie Videos zum Beispiel auf *Youtube* veröffentlicht haben. Aber ganz so einfach ist es nicht, da sich zahlreiche rechtliche Fragen bis hin zu einer Grundrechtsabwägung ergeben, was ebenfalls dazu führte, dass keiner meiner Mandanten bisher verurteilt wurde. Zahlreiche Verfahren laufen noch.

Was diese Verfahren zeigen, ist, dass die Strafverfolgungsbehörden zum Teil akribisch versucht haben, den Corona-Protest nach dem Motto »bestrafe einen, erziehe viele« in die Schranken zu weisen. Dies ist ihnen aber nicht gelungen. Denn ich vernahm nach den ersten freisprechenden Urteilen bereits im Winter 2021/22 eine erhebliche Zurückhaltung der Polizei auf den Corona-Demonstration in derartigen Fällen. Manchmal sind es eben auch die »kleinen« Gerichtsverfahren, die durchaus zu nachhaltigen Erfolgen führen und das Versammlungsrecht somit weiterhin als Schutz gegen den Staat verstanden werden kann.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



ALLTAGSWIDERSTAND IN DER BAHN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Laut einem Bericht der Berliner Zeitung vom 23. Juli lässt die Disziplin beim Tragen einer FFP2-Maske im Berliner Nahverkehr nach, die S-Bahn kann die Corona-Regeln daher nicht mehr kontrollieren. Nach nunmehr etwa zwei Jahren Maskenpflicht in Bus und Bahn scheinen die Bürger langsam genug zu haben, es wird auch Zeit.

Solche Meldungen machen Mut und wären vor einem Jahr noch undenkbar gewesen. Ich fahre im Moment viel mit der Bahn durch Deutschland, natürlich maskenfrei.

Die Stimmung hat sich geändert, was mir auch von *Insidern* bestätigt wird. Ich habe mich kürzlich mit einem Lokführer unterhalten, der mir bestätigt hat, dass das Bahnpersonal wesentlich kulanter geworden ist, seit man in den Gebäuden und Büros der Bahn selbst keine Masken mehr tragen muss. Ich selbst kann das bestätigen.

In zwei drittel meiner Zugfahrten werde ich überhaupt nicht mehr auf eine fehlende Maske angesprochen. Es hilft dabei übrigens auch, wenn man zufällig bei der Fahrkartenkontrolle etwas isst und eine Maske sichtbar neben sich liegen hat, dann fragt meistens niemand mehr nach. Von Fahrgästen wird man auch kaum noch belästigt, und man trifft vermehrt Gleichgesinnte, die auch im Nah- und Fernverkehr ohne Maske fahren.

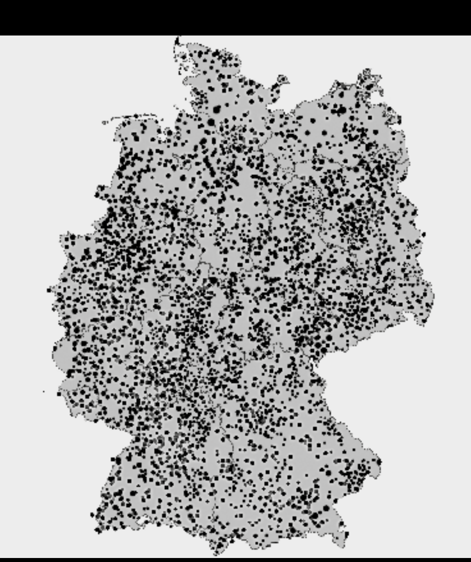
Die Maskenquote im Personenverkehr ist ein wichtiger und gut sichtbarer Indikator dafür, wie viele Menschen sich noch zu sinnlosen Maßnahmen nötigen lassen, an die sie selbst schon lange nicht mehr glauben.

Die Zahl derer, die noch freiwillig Maske trägt, wird immer geringer, die Politik kann den Bürger also nur noch mittels Strafandrohung zur Maske nötigen, was aber immer seltener gelingt. Je größer die Anzahl derer ist, die sich weigern sich zu maskieren, desto schwerer wird es für die Verkehrsbetriebe und Behörden, die Maskenpflicht zu kontrollieren und durchzusetzen.

Das Volk hat sich schon lange gegen die Maskenpflicht entschieden. Jetzt geht es darum, der Politik zu zeigen, dass wir nicht mehr mitmachen. Dann fällt die Maskenpflicht von selbst, durch Gehorsamsverweigerung des Souveräns.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 Uhr · WDR Studio · Karmeliterstraße 1-3
BERLIN: Donnerstag ab 18 Uhr · RBB Studio · Masurenallee
CHEMNITZ: Montag 18:30 Uhr · Freie Presse · Brückenstr. 15
COTTBUS: Montag 19:45 Uhr · RBB Funkhaus · Berliner Platz 6
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 Uhr · BR Hochhaus · Hopfenstr.
NEUBRANDENBURG: Donnerstag ab 14 Uhr · NDR Neubrandenburg · Friedrich Engels Ring 51
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 Uhr · BR Studio · Wallensteinstr.
OFFENBACH: Donnerstag ab 16 Uhr · Offenbach Post · Waldstr. 226
PFORZHEIM: Mittwoch ab 15:30 Uhr · SWR Studio · Zerennerstr. 28
MAINZ: Donnerstag ab 15:30 Uhr · ZDF ·ZDF Str. 1

IMMER MONTAGS!

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz Aalen – ADLKOFEN, 18:30 Uhr, am Rathaus – ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BAD FRANKENHAUSEN, 18 Uhr, am Parkplatz Therme – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – COTTBUS, 18 Uhr, an der Stadthalle – CRAILSHEIM, 18 Uhr, am Volksfestplatz – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECKERNFÖRDE, 18 Uhr, an der Holzbrücke am Hafen – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLERAU, 18 Uhr, am Bürgerhaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – GANGKOFEN, 19:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – KLECKEN, 18 Uhr, am Rewe Parkplatz – KUPPENHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – LADENBURG, 18 Uhr, am Marktplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – TAMM, 18 Uhr, am Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 30.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 30.7.-6.8.2022 14-19 Uhr	Berlin, am Bundestag	WOCHE DER DEMOKRATIE
Sa, 30.7.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 30.7.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 30.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 30.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 30.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 30.7.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 30.7.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 30.7.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 30.7.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 30.7.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
Sa, 30.7.2022 17-21 Uhr	Ueckermünde, auf dem Markt	Konzert
So, 31.7.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 31.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 31.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 1.8.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 14-20 Uhr	Berlin, am Bundestag	GROßDEMO
Mo, 1.8.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 1.8.2022 18-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 1.8.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 1.8.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 1.8.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 1.8.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 1.8.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 2.8.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Mittelstreifen Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 2.8.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 2.8.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 2.8.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 2.8.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 3.8.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 3.8.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 3.8.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 3.8.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 3.8.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 3.8.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 3.8.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 3.8.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 4.8.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 4.8.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 4.8.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 4.8.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 4.8.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 4.8.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 5.8.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 6.8.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 6.8.2022 14-22 Uhr	Berlin, Mauerpark	FRIEDENSFEST
Sa, 6.8.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 6.8.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 6.8.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 6.8.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 6.8.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 6.8.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 6.8.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 6.8.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 7.8.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 7.8.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 7.8.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mi, 17.8.2022 18-21:30 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 20.8.2022 13-15 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demoaufzug
Fr, 9.9.2022 9-15 Uhr	Berlin, Platz der Republik	GROßDEMO
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



RUSSISCH ROULETTE

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Bei dem Text handelt es sich um einen Auszug aus einem Offenen Brief, welcher an Verantwortliche im Bereich der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und in der Politik verschickt wurde.

Dieser Brief wurde auch durch den zweiten Vorsitzenden vom Polizisten für Aufklärung e.V., Bernd Bayerlein, auf der Demo in Fulda am 9. Juli 2022 vorgelesen. Es handelt sich bei diesem Text um den zweiten Teil. Der erste Teil wurde in der 97. Ausgabe des DW auszugsweise veröffentlicht. Der vollständige Text ist auf der Homepage echte-polizisten.de zu finden.

»Darüber hinaus sehe ich mich dazu verpflichtet, Sie auf den eingebrachten und mit fundierten Daten und Fakten untermauerten Schriftsatz von Rechtsprofessor Dr. Martin Schwab zu verweisen (*www.anwalt-schmitz.eu/wp-content/uploads/2022/07/1.7.22-Schriftsatz-Martin-S.-anonymisiert.pdf*). Im Folgenden sein Fazit. Erstens: Die Impfung ist unnötig, da die Fallsterblichkeit laut Robert-Koch-Institut (RKI) bei 0,02 Prozent liegt und der Virus in allererster Linie nur für Menschen mit erheblichen Vorerkrankungen gefährlich ist. Zweitens: Die Impfung ist nicht wirksam! Sie wirkt durchaus, aber in die falsche Richtung. Mit jeder Covid-Injektion wird das Immunsystem weiter geschädigt. Selbst AIDS kann man bekommen (*expose-news.com/2022/06/18/new-study-proves-covid-vaccines-cause-a-id-s/*). Anders sind die massiv gestiegenen Inzidenzen seit dem Impfstart nicht erklärbar. Auf der anderen Seite kann das RKI selbst einen signifikanten Effekt der Impfung für die Verhinderung schwerer Verläufe oder der Virus-Verbreitung nicht belegen. Drittens: Die Impfung ist nicht sicher! Sicher ist nur, dass jeder, der sich der Covid-Impfung unterzieht, sich auf ein russisches Roulette-Spiel einlässt. Die Vielfalt der Impfnebenwirkungen deutet darauf hin, dass das Hauptproblem der Covid-Injektionen die Zunahme von Autoimmunerkrankungen ist. Die Covid-Injektionen werden zur tickenden Zeitbombe, wenn Spike-Proteine überall in den menschlichen Körper gelangen und dortiges körpereigenes Gewebe angreifen. Sie überwinden gar die Blut-Hirn-Schranke und können so schwerwiegende Gehirnschäden hervorrufen.«

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT »Einigkeit und Recht und Freiheit: Warum zur Woche der Demokratie?« | EIN KOMMENTAR VON SOPHIA-MARIA ANTONULAS

Seit über zwei Jahren ist, dank der ununterbrochenen diffamierenden Medienberichte, der wildgewordene Mob in Bussen, Bahnen, Wartezimmern und Supermärkten anzutreffen, sobald dort ein Mitbürger Gesicht zeigt und ohne Maske auftaucht.

Aufgehetzt durch Politiker und Redakteure, die es offensichtlich genießen, Menschen, die sich nicht unterwerfen wollen, den Gehorsamen zum Fraß vorzuwerfen. Das Regime machte aus Lehrern, Schaffnern, Verkäuferinnen, Ärzten, Sprechstundenhilfen, Betriebspsychologen, Priestern und Beamten wieder banale Vollstrecker unsinniger Regeln.

WARUM WIR LAUT SIND?

Doch warum lassen sich viele von all dem nicht unterkriegen? Warum verstummen sie nicht, sondern bringen ihre Forderungen nach wie vor laut auf die Straße? Weil in Deutschland seit über zwei Jahren Kinder und Jugendliche, die keinen Mundschutz tragen können, wie Aussätzige behandelt werden. Und in einigen Schulen, oft auch in katholischen, in eigens aufgestellten Plexiglasboxen sitzen mussten – wie Tiere im Zoo.

Und weil zu viele Jugendliche die Einsamkeit, das Weggesperrtsein und den Ausschluss von der Gemeinschaft nicht mehr aushielten und sich das Leben genommen haben. Weil *Lockdowns* und Schulschließungen, die ohne jede Auswirkung auf pandemisches Geschehen sind – diese Studienergebnisse waren den Verantwortlichen schon 2019 bekannt – zu viele junge Seelen zerstört haben. Wir gehen auch für all diejenigen auf die Straße, die entlassen oder gekündigt wurden, weil sie den Rücken gerade hielten, ihr Lächeln zeigten und/oder die Spritzen verweigerten. So wie 1989 für viele DDR-Bürger einen Bruch im Lebenslauf darstellt, so bedeutet auch 2020 für viele einen (weiteren) Neuanfang.

DAS REGIME BRINGT DAS SCHLECHTESTE, ABER AUCH DAS BESTE IN MENSCHEN HERVOR

Wir gehen auf die Straße, weil es bei jedem weiteren Angstthema um erneute Geschäftemacherei geht: Masken, Tests, Gen-Spritzen, Energie, Lebensmittel, Krieg. Findige große und kleine Unternehmer nutzen die unsicheren Zeiten aus und versuchen die eigenen Interessen voranzubringen. Die Disruption zerstört schamlos und ohne Rücksicht. Atomkraft, *Fracking*, Reduktion des Bahnangebots, Genmanipulation, Waffenlieferungen – alles möglich und alles plötzlich so grün.

Wir gehen auf die Straße, weil die Medizin als Machtinstrument aufgebaut und missbraucht wird. Weil es keine asymptomatische Übertragung gibt. Weil die neuartigen Impfstoffe eigentlich Gentherapeutika sind und deren Nebenwirkungen unsägliches Leid – Krankheit und Tod – verursachen. Und weil es höchste Zeit ist, dass sich mehr Wissenschaftler und Politiker für die Impfgeschädigten einsetzen und die Übersterblichkeit aufklären. Wir müssen verhindern, dass standhafte Menschen weiterhin wegen ihres Impfstatus diskriminiert und diffamiert werden. Dieses Experiment, der Impfzwang, der Zugriff selbst auf die Körper der Jüngsten muss sofort aufhören.

Wir gehen auch auf die Straße, weil die vergangenen zweieinhalb Jahre noch deutlicher gezeigt haben, das internationale Organisationen (UN, WHO, IMF) demokratisch legitimiert sein müssen. Weil das Parlament versagt. Weil der Reichtum dieses Landes auf den Erfolg der vielen klein- und mittelständischen Unternehmen aufbaut und deren Wirtschaftsgrundlage nicht mehr für die Interessen anderer aufs Spiel gesetzt werden darf.

STAATSTERROR MUSS AUFHÖREN

Wir gehen auf die Straße, weil in Deutschland Ärzte, Richter, Unternehmer, Kritiker wieder mit Hausdurchsuchungen



Hand in Hand: Demokratiebewegung und Bauernproteste vereinigen sich in Berlin.
Foto: Hannes Henkelmann

terrorisiert werden. Durch das neue Gesetz »Delegitimierung des Staates« die Bürger zum Freiwild der staatlichen Verfolgung werden. Wo früher Durchsuchungen nur mit richterlichem Beschluss durchführbar waren und ein Tatverdacht bestehen musste, reicht es heute aus, einfach nur Kritik zu üben. Dieser Staatsterror muss sofort aufhören.

Wir gehen auf die Straße, weil wir bestimmen wollen, wer unsere Daten wofür verwendet. Und weil es in Demokratien nicht sein kann, dass eine Europol Handy-Standortdaten, Passagierlisten und sonstige personenbezogenen Daten sammelt, die nichts mit Kriminalität zu tun haben, und diese Datenspeicherung im Nachhinein auch noch legalisiert wird.

Wir gehen auf die Straße, weil in einer Demokratie die Regierung die vielfältigen Interessen der eigenen Bevölkerung vertreten muss, anstatt den Meinungskorridor immer weiter zu verengen. Eine Demokratie funktioniert nur mit Medien, die ausgewogen berichten, deren Redakteure selbst recherchieren und für die es selbstverständlich ist, frei und regierungskritisch zu berichten. Eine Demokratie braucht Medienmacher, die gegen die Spaltung anschreiben und für einen offenen Diskurs werben, weil wir unseren Freunden und Verwandten wieder die Hand reichen wollen.

WIR WOLLEN WIEDER LEBEN

Wir gehen auf die Straße, weil Kunst und Kultur das Menschsein ausmacht. Musik, Tanz, Theater analog erlebt werden müssen. Volkstheater, Volksopern sind Zeugen dieser humanistischen Errungenschaft – Kultur für möglichst viele, ohne Ausschluss, ohne Diskriminierung nach Impfstatus.

Wir gehen auch auf die Straße, um an den magischen 1. August 2020 zu erinnern. An die große Demonstration durch Berlins Zentrum mit mehreren Hunderttausend Menschen – laut Polizeifunk 800.000. Magisch: Nicht nur weil die Menschenmenge im Tiergarten friedlich blieb, als die Polizei mit nur 20 Mann, einige davon mit schlotternden Knien, die Bühne stürmte und den Strom abstellte, sondern vor allem deswegen, weil alle zusammen waren: Oben-unten, links-rechts, Rad- und Autofahrer, Akademiker und Arbeiter, Ossis und Wessis. Gegensätze wurden aufgehoben und Vorurteile abgebaut. Der größte Fehler des Regimes. Und der größte Verdienst der Demokratiebewegung und der Querdenker: Menschen haben einander wieder als Menschen erkannt.

Woche der Demokratie



WOCHE DER DEMOKRATIE
TAG 1: Sa. 30. Juli 2022 – Berlin

14 UHR: Auftaktkundgebung vor dem Brandenburger Tor

15 UHR: Umzug für Frieden & Freiheit mit Trommlern und mehreren Umzugswagen

18 UHR: Abschlusskundgebung auf dem Rosa-Luxemburg-Platz mit Redebeiträgen von: Hendrik Sodenkamp, Uli Gellermann, Dr. Corinna Oesch, Gordon Pankalla, Dirk Hüther, Teo & Olev

MUSIK: Boris Steinberg, Jill Sandjaja u.v.m.



Aus dem Leben eines Exilanten

oder: »Dänemark ist nicht die weltvergessene Insel der Glückseligkeit« | Von Hannes Henkelmann

In Sysdal, Dänemark treffe ich Herrn Bobsien. Er ist mit seiner Familie ausgewandert, und wir sprechen über Fluchtgedanken, Digitalisierung, Radau und einen Logenplatz.

Stellen Sie sich doch kurz vor!
Mein Name ist Jörn Bobsien, ich bin Jahrgang 63 und seit langem mit der schönsten Frau der Welt verheiratet. Wir haben vier Kinder. Wir wohnten lange in Schleswig-Holstein, sind aber im April 2019 weiter gen Norden nach Dänemark gezogen. Beruflich bin ich auf der einen Seite als Handwerksmeister, Sachverständiger und Geschäftsführer eines kleinen Handwerkbetriebes in Hamburg tätig, und auf der anderen Seite arbeite ich als Berater und Coach in der Entwicklung von Organisationen.


Jörn erschafft sich in Dänemark eine Welt nach seinen Wünschen. *Foto: Hannes Henkelmann*

Warum haben Sie und Ihre Familie Deutschland den Rücken gekehrt?
Schon lange hatten wir das Gefühl, in Deutschland nicht mehr richtig zu sein. Insbesondere auf unseren Reisen im Ausland lernten wir immer wieder Menschen kennen, die uns unvoreingenommen begegnen konnten, die nicht umgehend in die Bewertung gingen, die den gleichen Humor hatten. Als 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft trat, konkretisierten wir unsere Auswanderungspläne. Allein der Name dieses Pamphletes war geeignet, in mir Fluchtgedanken auszulösen.

Weshalb fiel Ihre Wahl auf Dänemark?
Wir hatten das Land zunächst nicht auf dem Schirm, waren schon 2008 in Kanada auf Haussuche und dachten später über Südamerika, insbesondere Uruguay nach. Letztlich gaben aber zwei Dinge den Ausschlag für Dänemark: ein Zeitungsartikel, in dem behauptet wurde, Dänemark würde das erste Bio-Land werden wollen. Leider kann ich diese Vision bis heute nicht verifizieren. Und der andere Grund war, dass wir die Familie nicht zerreißen wollten. Die Kinder waren in Deutschland gut verwurzelt, Kanada oder Uruguay waren zu weit weg. Die Annahme, dass wir einfach nach Dänemark ziehen müssten und sich alles Weitere fügen würde, erwies sich als richtig. Heute wohnen unsere erwachsenen Kinder auch hier.

Wie hat die dänische Regierung während der Corona-Krise agiert?
Die Regierung hat die Corona-Agenda gut umgesetzt. Allerdings gibt es wichtige Unterschiede zu Deutschland: Die Regierung genießt, wie alle dänischen Institutionen, grundsätzlich ein sehr großes Vertrauen bei der Bevölkerung. Aber die Politiker sind hier mehr in das normale Alltagsleben eingebunden. Und wenn es Radau auf dem Vorplatz des Parlaments in Kopenhagen gibt – und die Dänen sind richtig gut in Radau machen – dann hört man den Lärm auch im Parlamentssaal, zum Beispiel während einer Abstimmung über das Pandemie-Gesetz. Mithilfe dieser Proteste und der weniger gleichgeschalteten Medien hat es die parlamentarische Opposition geschafft, dass die geplante Verlängerung des Pandemie-Gesetzes scheiterte.

Gibt es hier eine Protestbewegung?
Ja. Sie ist zwar klein, aber ihr Widerstand, der sich auf den Demonstrationen in Kopenhagen zeigt, ist laut, bunt und sehr emotional. Und sie kritisiert neben der Corona-Politik, die neuen 1.000-jährigen Hirngespinste Schwabscher WEF-Ausprägung. Wir sehen die Digitalisierung Dänemarks auf höchstem Niveau, was eine Dualität aus Transparenz, flachen Hierarchien, effizienten Verwaltungsvorgängen auf der einen Seite und Kontrollmacht auf der anderen Seite aufspannt. Und die überaus hilfsbereiten und freundlichen Mitarbeiter in den Verwaltungen sind sehr stolz auf dieses System. Aber die Dänen stehen füreinander ein. Sie lernen *Teambuilding* schon in der Grundschule, sind sehr tolerant, und so reagieren sie sehr abwehrend, wenn es an ihre Freiheit und Selbstbestimmung geht.

Wie sieht Ihre Bilanz nach zwei Jahren Dänemark aus? Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?
Die Menschen sind freundlich und zugewandt und hilfsbereit. Ja, meine Erwartungen haben sich erfüllt, insbesondere, weil wir hier die Freiheit haben, unsere Welt so zu kreieren, wie wir es uns wünschen. Aber wir sind uns natürlich im Klaren darüber, dass wir hier nicht auf einer weltvergessenen Insel der Glückseligkeit leben. Bestenfalls haben wir hier einen Logenplatz in einer interaktiven Performance über die Dummheit.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

GÖTTLICH-KOSMISCHE GESETZE

Liebe Freunde! Herzlichen Dank für Ihre aufopfernde Arbeit. Der Lohn ist Ihnen sicher, wenn die Zeit reif ist. Ich beziehe mich nachfolgend auf den Leserbrief aus DW Nummer 93 »Absoulte Wahrheit«. Ein lieber sehr weiser Freund auf meine Frage, was denn Wahrheit sei, wagte folgende Definition: »Wahrheit ist, was dauert, währt, daher: Wahrheit. Sie ist immer und überall gültig. Nicht wahr ist, was heute gilt und morgen schon nicht mehr; nicht wahr ist, was hier wahr, dort nicht wahr! Wahrheit ist ein göttlich-kosmisches Gesetz: allgemein, überall, ewig, unverändert gültig. Das Gesetz von Ursache und Wirkung ist eine Wahrheit; das Resonanz-Gesetz, dass zwei sich ähnliche Wesen einander anziehen ist eine Wahrheit; das Reinkarnationsgesetz ist eine Wahrheit. Die Gesamtheit aller kosmischen Gesetze Gottes ist die ›absolute Wahrheit‹« Wie viele göttlich-kosmische Gesetze gibt es? Da wir Menschen das nicht wissen, können wir auch nicht die absolute Wahrheit wissen. Aber es gibt sie. Wenn wir dereinst »erwachen aus dem Lebenstraum« wie die Buddhas, dann wissen wir auch, was die absolute Wahrheit ist. »Geh still und gib der Welt von deinem Frieden ab. Acht wohl, dass nichts dich hält an Ruf und Ruhm und Hab'.« (Wolfgang Netz). Ihnen allen liebe und herzliche Grüße!
– Lydia N.

STALINISTISCHE SPRACHREINIGUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn es Sie nicht gäbe ... Danke! Erst mal als Abonnent ein kleinliches Gemeckere: Ja – auch ich spüre, dass die Welt zerbricht und dass ich zum ersten Mal in meinem Leben froh bin, dass meine Eltern tot sind und das alles nicht mehr erleben müssen. Also: A) In Nummer 94, Seite 4, Überschrift: Ade mit Akzent in der Überschrift. Aua – das tut wéh. Bitte nicht mehr. B) Bitte verbannen Sie das :innen. Die deutsche Sprache kennt das nicht. Es gibt nämlich den Genus und den Sexus. Und da zumeist nur der Gegenstand, die Art bezeichnet wird – ist die :innen-Pest überflüssig. Wer das nutzt, zeigt nur, dass er nicht weiß, was er sagt. Und ein schwaches Selbstbewusstsein hat. Was wir mit der deutschen Sprache erleben, ist schlichtweg – wie ich es definiert habe – eine zweite stalinistische Sprachreinigung. C) Zu Ihren Artikeln des nun gänzlich pulverisierten Rechtsstaates und seiner Organe als den willfährigen oder zitternden Helfern (»Wes Brot ich ess, des Lied ich sing«) danke ich Ihren Mitarbeitern von ganzem Herzen. Insbesondere Dirk Sattelmaier: »Neue s aus dem Gerichtssaal«. Nur ein Vorschlag: Da im Namen des Volkes – welche Blasphemie! – geurteilt wird, darf und muss der Name der Richter immer genannt werden, wenn das schriftliche Urteil vorliegt. Auch dies wesentlich für die spätere geschichtliche und juristische Aufarbeitung.
– Ernst G.

DUMME VOLLER SELBSTVERTRAUEN

Hallo, liebe Chefredakteure! Am 30. März entstanden die Fotos zum Thema »Corona« meiner Tageszeitung. Sichtbare Beweise einer unverhältnismäßigen Berichterstattung (4,5 x 2,5 Meter). Das Erscheinen Ihrer Zeitung füttert meinen Hoffnungsschimmer, dass die Gerechtigkeit siegt und die Demokratie bestehen bleibt. Charles Bukowski sagt: »Das Problem der Welt ist, dass die intelligenten Menschen voller Selbstzweifel und die Dummen so voller Selbstvertrauen sind.«
– anonym



AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Die Wiedergeburt der schmutzigen Energie

Vor der Drohkulisse des Krieges vollziehen die Politiker in Berlin einen erstaunlichen Salto rückwärts in die Energiepolitik der 1950er Jahre. | Von Hermann Ploppa

Unser grüner Wirtschaftsminister Robert Habeck übt sich in einer Sprache, die er für volkstümlich hält: »Der Gasverbrauch muss weiter runter, die Speicher müssen voll werden.« Jetzt haben sogar wir einfachen Leute mit unserem restringierten Sprachcode verstanden, was der oberste politische Wirtschaftslenker will. Ganz einfach: Räume in Bürogebäuden sollen kälter. Damit wir durch den nächsten Krisenwinter kommen ohne »Zähne-Klapper-Klapper«.

Wir müssen uns abhärten. Räume, in denen wir uns nicht stundenlang aufhalten, werden nicht mehr beheizt. Die Pförtner bekommen barmherzige Wärmezellen. Ja, und auch die Reichen sollen ihre *Swimming-Pools* nicht länger mit Gas beheizen. Guckt zwar keiner nach, wird aber bestimmt helfen. Und den Unternehmen schreiben wir verbindliche Regeln zum Energieeinsparen vor.

In der Tat: Von den einstigen edlen Zielen einer nachhaltigen Energiewirtschaft ist bis auf die Ressource des Einsparens rein gar nichts mehr übrig geblieben. Wo sind sie: Solarzellen, Windkraft, Geothermie, Kraft-Wärme-Kopplung? Angesichts der schier unerträglichen Erpressbarkeit unserer Wirtschaft von der bösen russischen Energie ist davon schlagartig keine Rede mehr. Putin hat uns mit der Abschaltung der Pipeline Nord Stream 1 aufgrund – selbstverständlich vorgeschobener – technischer Gründe einmal mehr gezeigt, wie nackt wir auf einmal im kalten Polarwind dastehen. Alles wird teurer, nur wegen dem Gas, das uns der Kremlchef plötzlich vorenthält. Wir wollten es ja auch eigentlich nicht mehr haben. Aber nun doch wieder.

BETRIEBE VERLASSEN DEUTSCHLAND

Jetzt hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) 3.500 deutsche Unternehmen befragt. Tatsächlich wollen 16 Prozent aller Betriebe aufgrund der exorbitant angestiegenen Gaspreise ihre Produktion zurückfahren, ganz einstellen oder ins Ausland verlagern. Bei energieintensiven Unternehmen aus den Bereichen Stahl, Glas und Papier ist jeder dritte Betrieb zu diesem drastischen Schritt entschlossen. Drastisch sind auch die Auswirkungen für die Normalverbraucher. Das Internet-Vergleichsportal Check24 hat ausgerechnet, dass für eine vierköpfige Normalfamilie im Juni 2022 bereits die Kosten für Strom, Gas und Heizung gegenüber dem Vorjahr um 58 Prozent angestiegen sind. Denn auch die Kosten für Strom sind im Gefolge der Gaspreise schmerzhaft angestiegen. Eine Megawattstunde Strom kostet an der Börse jetzt 600 Euro. Das bedeutet einen Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr um 580 Prozent!

Aber trösten Sie sich: In Frankreich, wo 70 Prozent aller Stromerzeugung aus Atomkraftwerken stammt, muss man für die Megawattstunde wegen der massiven technischen Probleme der Atommeiler glatt 1.055 Euro berappen. Aber der Strompreis dürfte auch in Deutschland noch elementar ansteigen. Denn der Bedarf nach Strom wird im kommenden Winter weiter massiv ansteigen. Dafür sorgen nicht nur die aus dem Boden schießenden 5G-Sender und die Elektroautos. Die verängstigten Bundesbürger haben im letzten Monat viermal mehr Stromheizkörper (Radiatoren) gekauft als vor einem Jahr. Eine widersinnige Entwicklung. Denn um die Sekundärenergie Strom zu produzieren, muss Primärenergie mit zum Teil erheblichen Verlusten umgewandelt werden. Doch wer zur Miete wohnt, kann seine Energieerzeugung leider nicht auswählen. Und so schützen sich die Leute schon jetzt gegen unterkühlte Wohnräume im Herbst.

Und die Regierung erkennt keine Veranlassung, diese verhängnisvolle Energieverbrauchsspirale nach oben irgendwie aufzuhalten. Auch die chemische Industrie will von Gas auf Strom umschalten. Auf diese Weise ist, wie das Handelsblatt richtig feststellt, der Weg von der Gaskrise zur Stromkrise schön sauber vorprogrammiert: »Sind es zu viele (Stromverbraucher), könnten sie die Stromnachfrage so weit nach oben treiben, dass es selbst in Deutschland knapp wird.« Das ist die Situation, in der auch die grünen Spitzenpolitiker ihre Liebe für Steinkohle-, Braunkohle- und sogar Atomkraftwerke entdecken. Die grüne Vorsitzende Ricarda Lang hat sich für eine Verlängerung der Laufzeiten für die drei verbliebenen AKWs ebenso ausgesprochen wie der immer Scheinwerfer-durstige Boris Palmer oder auch Rebecca Harms: »Nach einer Sicherheitsprüfung würde ich auch der konditionierten befristeten Verlängerung von AKW-Laufzeiten zustimmen.«

Von Greenpeace kommt derweil ein entschiedenes »Jein« zur schmutzigen Energie: »Die Sorge vor einem russischen Lieferstopp darf nicht das Einfallstor für die nächste fossile Abhängigkeit sein.« Vielmehr müsse der Rückfall in frühere Umweltverschmutzung »auf die unmittelbare Krisenabwehr beschränkt« bleiben. Was interessiert da schon, dass die altersschwachen AKWs praktisch nichts zur Lösung der Energiekrise beitragen können.

GRÜNE HEUCHELEI IMMER OFFENKUNDIGER

Na gut. Also für die kurzfristige Krisenabwehr schlucken wir die rußbeschmierte Kröte. Währenddessen haben allerdings die Fossil-Freunde der Ampelkoalition bereits ihr Herz für Afrika entdeckt. Eigentlich wollte man ja umweltfreundlichen grünen Wasserstoff in afrikanischen Ländern produzieren lassen. Aber jetzt braucht man dringend Gas. Also soll im Senegal, in Kamerun, Dschibuti, Mosambik, Nigeria, Republik Kongo und in Tansania Gas gefördert werden. Bislang unberührte Naturgebiete sollen der Gasförderung weichen. Und das sind alles keine kurzfristigen Lückenbüßer, sondern da werden Verträge mit jahrzehntelanger Laufzeit abgeschlossen.

Wird ja auch höchste Zeit. Denn in Deutschland sind die Gasvorräte auf 65 Prozent der üblichen Speicherkapazitäten geschrumpft. Und nun zeigt sich, dass die Europäische Union immer mal wieder dazu da ist, Deutschland aus der Patsche zu helfen. Denn unter der Stabführung von Ursula von der Leyen wurden – ohne Konsultation der betroffenen 27 EU-Mitgliedsstaaten – selbige Mitgliedsstaaten dazu verdonnert, im Laufe der nächsten zwölf Monate ihren Gasverbrauch allesamt um 15 Prozent zu senken. Das verbitten sich allerdings besonders die Regierungen von Spanien, Portugal und Polen ganz energisch. Sie beziehen doch selber kaum Gas aus Russland. Warum sollen sie denn Gas einsparen? Naja, vermutlich um im Fall des Falles Gas an Deutschland abzutreten? Vermutlich wird sich allerdings von der Leyen diesmal eine saftige Abfuhr einfangen. Also muss einstweilen der deutsche Steuerzahler alleine weiter bluten. Denn der größte Netzbetreiber für Gas in Deutschland ist Uniper, ein Ableger eines finnischen Konzerns. Also ein privates Unternehmen – ist eigentlich Sache des finnischen Mutterkonzerns. Doch wenn jetzt Uniper aufgrund der Sanktionen gegen Russland nur noch leere Düsen vorzuweisen hat, bricht die Infrastruktur der Gasversorgung in Deutschland weg. Uniper ist also »systemrelevant«. Deswegen kauft die Bundesregierung 30 Prozent der Anteile von Uniper und pumpt 7,7 Milliarden Euro Steuergeld in das Unternehmen. Damit Uniper sich in Ruhe nach einem anderen Lieferanten als dem bösen Putin umschauen kann.

Wir haben ja gerade erwähnt, dass Polen sich nicht an dem Gas-Sparprogramm der EU beteiligen will, weil Polen ja kein Beziehungsproblem mit Putin hat. Während in Deutschland eine Gas-Panik geschürt wird, sind die polnischen Gasspeicher zu 98 Prozent gefüllt. Und nun halten Sie sich fest. Polen lässt seinen Liefervertrag mit der russischen Gazprom zum kommenden Jahreswechsel auslaufen. Polen bezieht schon lange kein Gas mehr von Gazprom. Stattdessen hat Polen seit Beginn dieses Jahres 20.000 Terrawattstunden Gas von Deutschland geliefert bekommen. Dieses Gas hat Deutschland von Gazprom gekauft. Das Gas war für Deutschland bestimmt. Die cleveren Händler haben es aber dann an Polen weiterverkauft. Die deutsche Politik hat dazu geschwiegen und nichts dagegen unternommen. Polen kann entspannt in die Zukunft schauen. Denn bald wird die neu errichtete *Baltic-Pipeline* Gas aus Norwegen in die polnischen Stuben liefern und wohlige Wärme verströmen, während der deutsche Michel im Wohnzimmer den zweiten Norwegerpullover anzieht, weil der Radiator doch nicht hält was er versprochen hat. Und die deutsche Regierung kauft dann auf den Spotmärkten in Leipzig Gas zu Wucherpreisen. Halleluja!



Die desaströse Bilanz des »grünen« Fracking-Ministers Robert Habeck: Zerstörter deutscher Mittelstand, Frieren im Winter und die Rückkehr zu einer umweltschädlichen Energiepolitik.
Illustration: DW/Ute Feuerstacke

Zinswende der EZB: ein Befreiungsschlag?

Zum ersten Mal nach acht Jahren hebt die Europäische Zentralbank den Leitzins um einen halben Prozentpunkt an. Ob damit die galoppierenden Preise eingefangen werden können, bezweifeln die Experten. | Von Hermann Ploppa

Am 21. Juli 2022 um 14:45 Uhr war es endlich so weit: Die drahtige Chefin der Europäischen Zentralbank in Frankfurt Christine Lagarde trat an die Mikrophone. Der Leitzins der EZB wird mit sofortiger Wirkung von Null auf 0,5 Prozent angehoben! Zunächst hatten die Auguren der Geldpolitik nur mit 0,25 Prozent gerechnet.

Schon lange forderten Finanzexperten, angesichts der galoppierenden Inflation den Ausstoß von Geld durch Zinserhöhungen teurer zu machen und damit die Inflation zu dämpfen. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (FED) war schon mit drei Leitzinserhöhungen vorangegangen, auf jetzt 1,75 Prozent. Die meisten Beobachter finden, dass die EZB-Zinsanhebung viel zu zaghaft und vor allem zu spät erfolgt sei. Selbige Beobachter haben allerdings weniger eine Senkung der Verbraucherpreise im Blick als vielmehr eine Konsolidierung der Finanzspekulationen.

Kommt denn auch für Otto Normalverbraucher etwas Positives bei dieser Leitzinsanhebung heraus? Zunächst einmal: Die Zentralbanken und über all diesen die EZB, geben Kredite raus an die privaten und öffentlichen Banken. Letztere müssen dann natürlich ihre Kredite für die Endverbraucher auch anheben. Folge Kredite werden teurer. Der potentielle Kreditnehmer wird es sich überlegen, ob er unter diesen Bedingungen noch Investitionen tätigen will. Wenn jetzt Baukredite teurer werden, müssen viele Mitbürger ihren Traum von den eigenen vier Wänden einstweilen aufgeben. Aber es geht mehr um Makro-Ökonomie. Die Nachfrage soll gedämpft werden. Dadurch flacht sich der Preisanstieg ab. Das besagt zumindest die klassische Theorie der Konjunktursteuerung. Das ist aber längst passé.

DIE ÄRA DER STAGFLATION

Denn wir befinden uns in einer Stagflation. Also einer Kombination der Nachteile einer Inflation mit den Nachteilen einer Stagnation. Die Inflation entstand aus der künstlichen Lähmung der Wirtschaft durch das Corona-Regime. Alles lag darnieder. Damit sowohl Unternehmer wie Arbeiter und Angestellte nicht ins Elend stürzten, wurde massenhaft Geld gedruckt, aus dem Nichts und unter die Leute geworfen. Nun hätte nach der Lockerung des Corona-Regimes eigentlich die Wirtschaft von selber wieder anlaufen müssen. Das war auch zum Teil der Fall. Nun kam aber die Stagnation. Es stellten sich nämlich Lieferengpässe ein. Und zudem haben unter dem Vorwand der Corona-Krise kriminelle Spekulanten die Preise für elementare Waren künstlich hochgepusht. Die Politik hat sie nicht daran gehindert, wie es eigentlich ihre Aufgabe gewesen wäre. Und nun kam noch der Ukraine-Krieg dazu und schuf ganz neue Lieferengpässe. Zum Teil wurden die alten Lieferwege aber sogar für alle Zeiten gesperrt. Neue Lieferbeziehungen müssen sich erst zaghaft neu entwickeln. Die Verknappung auf der Angebotsseite ist also physischer Natur und kann durch keine Manipulation des Geldflusses durch irgendeine Zentralbank beeinflusst werden. Zudem ist die Europäische Zentralbank eine außergewöhnlich lahme Ente.

Als einzige Zentral- und Notenbank der Welt steuert sie eine einzige Währung für insgesamt 19 Euro-Nationen – mit 19 unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken, Industriestrukturen, Standortbedingungen und geographischen Gegebenheiten. Die Euro-Nationalstaaten genießen mehr Eigenständigkeit wie die Bundesstaaten der USA. Tatsächlich haben in der Eurozone die starken Wirtschaftsnationen wie Deutschland und Frankreich mithilfe der einheitlichen Währung die Ökonomien der schwächeren Staaten einfach niedergewalzt. Letztere Staaten sind zu enthaupteten Schuldnern der starken Wirtschaftsnationen geworden.

ZERREISSPROBE FÜR DEN EURO

Die einheitliche Währung hat die Unterschiede zwischen den Euro-Nationen enorm verschärft, anstatt sie auszugleichen. Und die unterschiedliche Finanzpolitik der Euro-Nationen hat zu extrem unterschiedlichen Inflationsraten geführt. Die Staaten am Baltikum haben allesamt mit Inflationsraten um die 20 Prozent herum zu kämpfen. Frankreich dagegen braucht sich mit seinen 4,1 Prozent Inflation für 2022 keine allzu großen Sorgen zu machen. Zudem stammen die inflationären Tendenzen in der Eurozone aus recht unterschiedlichen Quellen. Deutschland hat mit enormen Energiekosten zu kämpfen, während Nachbarstaat Polen seinen Jahresbedarf an Gas für 2022 und darüber hinaus schon jetzt gedeckt hat – und damit kein zusätzliches teures Gas mehr an den Spotmärkten dazukaufen muss (siehe Seite 9).

Nun kommt noch hinzu, dass Staaten sich zu einem beträchtlichen Anteil durch Anleihen finanzieren. Und Staaten, die instabil sind, müssen das Risiko durch höhere Zinszahlungen an die Anleihe-Abnehmer kompensieren. Damit nun nicht durch die höheren Leitzinsen das Leid dieser Risiko-Staaten (alle Experten schauen dabei auf Italien) noch weiter erhöht wird, soll ein jetzt gerade neu geschaffenes Transmission Protection Instrument (TPI) Linderung bringen. Die EZB kauft Staatsanleihen und verringert damit den Zinsdruck für Länder wie Italien. Das sonnige Land am Mittelmeer ist im Verhältnis zu seinem jährlichen Bruttoinlandsprodukt mit 150 Prozent extrem verschuldet.

Ob die Leitzinsanhebung wohl funktioniert? Das sonst eher moderat formulierende *Handelsblatt* meint, »Madame Inflation« Lagarde und ihre Mitstreiter im EZB-Vorstand seien im »Blindflug« unterwegs. Die EZB betreibe ein »Hasardspiel«. Das stimmt. Niemand weiß, was den Regisseuren der Corona-Trauerspiele noch alles für den trüben Winter einfallen wird. Und welche Wendungen der Ukraine-Krieg noch nimmt. Aber auch ohne diese Unwägbarkeiten drehen die Räder der Europäischen Zentralbank schon jetzt im luftleeren Raum.


Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Dauer-Flexitarier

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

Die meisten unserer Politiker, zumindest jene, die vorne stehen, kann man mittlerweile wirklich als politische Dauer-Flexitarier bezeichnen. Prinzipienfest war gestern, lieber doch beweglich und wendig, vor allem was Meinungen und Standpunkte anbelangt. Geräuschvoll alte Standpunkte verlassen und leise neue beziehen, wird als besonders lernfähig hervorgehoben.

In Wirklichkeit aber sieht es ganz anders aus, aus Inkompetenz wurde gnadenloser Vorsatz, aus fehlender Bescheidenheit wurde längst schon Gier, wendig war gestern, dann doch lieber ein richtiger Wendehals. Sie beherrschen die komplette Agenda, sind sie doch meistens in Davos auch gut genug ausgebildet. Wie perfide muss ein Mensch sein, um das als Nutzen für die deutsche Bevölkerung zu verstehen. Auch das Schnee von vorgestern.

Mittlerweile ist es wirklich mehr als offensichtlich, die Politik tut alles, um dem deutschen Mittelstand nachhaltig zu schaden, ja, um ihn regelrecht zu vernichten. Inflation, Preise, Aufkauf von Anteilen an relevanten Firmen, alles Bestandteile der Agenda. Wirtschaft und Arbeitsplätze in höchster Gefahr, der Euro geht dahin.

Wem also wollen sie noch gehorsam sein, wem wollen sie noch dienen, unsere deutschen Unternehmer. Selbst in den Altparteien regt sich mittlerweile mehr Widerstand als im deutschen Unternehmertum. Ja, brav, geduldig und eben auch ein wenig doof wird verteidigt, was längst zum Abschuss freigegeben ist. Macht nichts, Hauptsache »solidarisch«, Gesundheit und Klima gerettet, gemeinsam den westlichen Werten gedient, dabei zusammen untergegangen. Prima, Plan erfüllt!

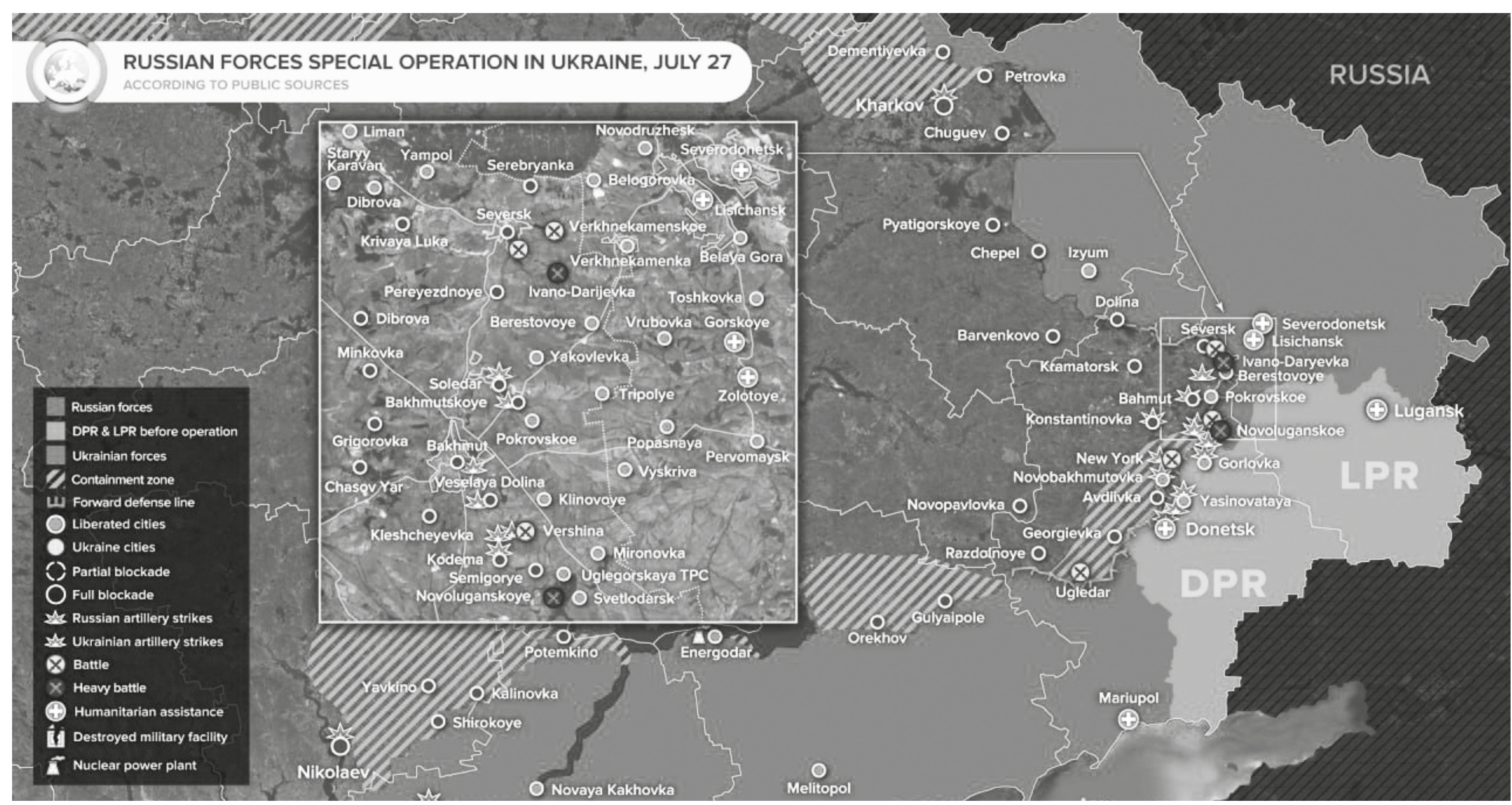
AN UNS 99 PROZENT HÄNGT ALLES

Dabei hängt alles an diesen fundamentalen 99 Prozent, den Unternehmen, den Familien, den Lieferanten- und Kundenbeziehungen, national und international. Der Wohlstand unseres Landes wird systematisch vernichtet, wie bei Monopoly zurück zum Start, alles auf null. Wollt ihr das wirklich, dann macht weiter so, noch besser, macht weiterhin nichts, seid brav, treu und gehorsam. Zur Not treffen wir uns in den Wärmehallen. Ihr wollt das nicht? Dann steht endlich auf, schaut, wie es Andere machen, hierzuande und in anderen Ländern. Die Agenda ist global, so sollten wir auch handeln. Global und doch im Sinne unseres eigenen Landes. Widerstand und Wandel made in Germany!

STREIK DER LUFTHANSA-PILOTEN

Frankfurt am Main/DW. Das Chaos an deutschen Flughäfen wird so schnell wohl nicht aufhören. Flugreisende haben jetzt schon an vielen Flughäfen mit langen Warteschlangen und Flugstreichungen zu kämpfen. Nun bereiten sich die rund 5.000 Lufthansa-Piloten auf unbefristete Streiks in der Hauptsaison vor. Unter anderem fordern sie eine Gehaltserhöhung und einen automatisierten Inflationsausgleich. (ber)

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Der Frontverlauf am 27. Juli 2022 laut dem russischen Sender riafan.ru. Unten im Bild zu erkennen: der Süden der Ukriane fast vollständig unter der Kontrolle Moskaus. *Foto: t.me/riafan_everywhere*

FRIEDEN NUR OHNE NATO-EINMISCHUNG MÖGLICH

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland eine Militäroperation in der Ukraine durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Hier werden die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat eine Ausweitung des russischen Militäreinsatzes angekündigt. Dies erklärte er gegenüber den russischen Sendern *RIA Nowosti* und *RT* in einem Interview. Demnach konzentriere sich die Militäraktion nicht mehr nur auf die Donbass-Republiken, sondern weite sich auf den Süden der Ukraine, die Regionen Cherson und Saporischschja sowie »eine Reihe anderer Gebiete« aus. Grund dafür sei, dass der Westen die Ukraine mit Waffen wie HIMARS Raketenwerfern »vollpumpe«. Dadurch verlagere sich das Ziel von der Front weg.

RUSSLAND WILL SELENSKYJ-REGIME STÜRZEN

Als Grund für die Intervention hat die russische Seite von Anfang an die Entmilitarisierung Kiews angegeben. Diese zieht sich in die Länge, je mehr Waffen in die Ukraine geliefert werden. Auch eine Verlagerung russischer Ziele von der Front weg ergibt sich aus der Lieferung von Raketenwerfern, die eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern haben. Von diesen gehe eine direkte Bedrohung für russisches Territorium, oder das Territorium der Donbass-Republiken aus. Unterdessen hat das Pentagon Kiew weitere vier HIMARS- Mehrfachraketenwerfer zugesagt. Zudem kündigte Lawrow an, der ukrainischen Bevölkerung zu helfen, »das volksfeindliche Regime loszuwerden.« Damit ist zu erwarten, dass die Militäroperation erst mit einem Sturz der Kiewer Regierung endet. Schon zuvor hatten russische Offizielle erklärt, dass Selenskyj auf jeden Fall in Russland vor Gericht gestellt werde.

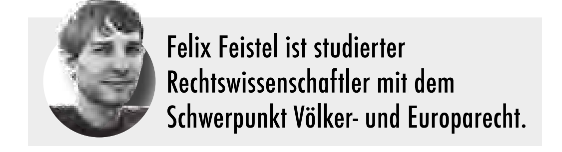
Die US-Botschaft in Kiew hat bereits am 14. Juli alle US-Bürger in der Ukraine aufgefordert, das Land zu verlassen. Seit dem 16. Juli ist die Botschaft selbst offenbar geschlossen. Schon kurz vor Beginn der militärischen Operation Russlands im Februar waren alle Bürger aufgefordert worden, das Land zu verlassen und die Botschaft hatte ihre Arbeit eingestellt. Erst nach dem Rückzug der russischen Truppen, die in Richtung Kiew vorgedrungen waren, war die Botschaft wieder geöffnet worden. Dass sich das nun wiederholt, deutet darauf hin, dass die USA mit einer Eskalation der Situation rechnen, die sie mit ihren Waffenlieferungen selbst herbeiführen.

MOLDAWIEN SIGNALISIERT KRIEGSBEREITSCHAFT

Im aufflammenden Konflikt um Transnistrien setzt Moldawien, ermutigt von der Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU, offenbar weiterhin auf Eskalation. Der Direktor der zweiten Abteilung für GUS-Staaten (Gemeinschaft unabhängiger Staaten) im russischen Außenministerium, Alexei Polischtschuk, teilte gegenüber *RIA Nowosti* mit, dass in Transnistrien stationierte russische Friedenstruppen wiederholt am Flughafen der moldawischen Hauptstadt Chişinău festgehalten worden seien. Generalmajor Igor Sokorenko, erster stellvertretender Leiter des Generalstabs der russischen Armee, fügte überdies hinzu, dass dasselbe für russische Militärtechnik gelte, welche für die Friedenstruppen bestimmt sei. Damit, so erklärte er, beabsichtige Chişinău eine unvermeidliche Verschlechterung der russischen Ausrüstung herbeizuführen. Zudem deutete er an, dass Chişinău auf diese Weise eine militärische Lösung des seit 30 Jahren eingefrorenen Konfliktes vorbereite.

Schon seit geraumer Zeit befindet sich Moldawien auf einem strammen Kurs gen Westen, in die EU und die Nato. Erst am 27. Juli 2022 ratifizierte das Parlament ein Verteidigungsabkommen mit dem Nato-Staat Rumänien, das eine permanente Stationierung rumänischer Truppen in Moldawien erlaubt und zudem weiteren militärischen Kooperationen den Weg ebnet. Es scheint, als setze Moldawien alles daran, Transnistrien wieder mit Moldawien zu vereinen. Dies kann zu einem Wiederaufflammen des Konfliktes führen, dem Russland nicht tatenlos zusehen wird. Immerhin leben in Transnistrien circa 220.000 russische Bürger. Zudem strebt Transnistrien an, zu einem Teil Russlands zu werden, ein Vorhaben, das in einem Referendum im Jahr 2006 von 97 Prozent der Bevölkerung unterstützt wurde. Dies widerspricht jedoch dem moldawischen Vorhaben, Teil der EU zu werden.

Seit Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine sind Angaben der Vereinten Nationen zufolge 5.110 Zivilisten getötet und 6.752 verletzt worden. Mehr als acht Millionen Ukrainer sind auf der Flucht, ungefähr 6,5 Millionen davon haben dabei das Land verlassen. Die Zahl der nach Russland geflohenen Menschen beträgt den Angaben sowohl russischer als auch ukrainischer Behörden zufolge mehr als zwei Millionen.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

ECHTER ANTISEMITISMUS GRASSIERT AUCH IN KIEW-UKRAINE

Kiew/DW. Korrespondent Marcel Bühler meldet antisemitisch motivierte Maßnahmen gegen Oppositionelle in Kiew, darunter »die sofortige Ausbürgerung«. Dem Experten zufolge heißt es: Laut einem geheimen Dekret des ukrainischen Präsidenten Selensky, das von Vertretern der Werchowa Rada (ukrainisches Parlament) veröffentlicht wurde, sollen der Oppositionsabgeordnete und Vorsitzende des allukrainischen jüdischen Kongresses, Wadim Rabinowitsch, sowie der ukrainisch-israelische Oligarch, Igor Kolomoisky, ausgebürgert werden.

Dem Leiter der Territorialverteidigung von Dnjepropetrowsk, Gennadi Korban, der ebenfalls in Ungnade gefallen ist, wurde die Rückreise aus Polen verweigert, da er »nicht mehr Staatsbürger der Ukraine« sei. In den russischsprachigen Gebieten im Osten und Süden der Ukraine tauschen viele Menschen ihre blauen ukrainischen gegen die roten russischen Pässe. Die russische Währung Rubel ist dort als Zahlungsmittel bereits zugelassen, während die ukrainische Grivnja an Wert verliert.

In der BRD war zuletzt der Oppositionsführer Michael Ballweg von Regierungsmitgliedern und Medienkonzernen mit strukturell antisemitischen Vorwürfen belegt worden und Ende Juni in Stuttgart-Stammheim ohne Vorliegen einer Anklage in Isolationshaft genommen worden. Das neofaschistische Corona-Putschregime verwendet den Vorwurf des Antisemitismus (Judenhass) seinerseits systematisch zur Verleumdung Oppositioneller (quartärer Antisemitismus). (ale)

RBB WILL NEUE PROPAGANDAZENTRALE

Potsdam/DW. Der umstrittene Propagandakomplex »Rundfunk Berlin-Brandenburg« (*RBB*) will sich eine weitere Konzernzentrale in Berlin errichten. Das »Digitale Medienhaus« (*DMH*) soll bis 2026 in Berlin für 60 Millionen Euro aus Zwangsgebühren errichtet werden und 13.000 Quadratmeter für Büros und Studios bieten. Zuletzt hieß es, die Kosten werden sich auf 180 Millionen Euro verdreifachen. *RBB*-Chefin und zugleich Vorsitzende der *ARD*-Rundfunkanstalten, Patricia Schlesinger (61), steht laut Recherchen des *Compact*-Magazins »unter schweren Vorwürfen der Vetternwirtschaft« im Zusammenhang mit dem Bau. Zuletzt habe sich Schlesinger zudem eine Gehaltserhöhung um 16 Prozent auf nun 303.000 Euro jährlich genehmigt. Diese stehe nun wieder zur Disposition. Der brandenburgische Landtag in Potsdam hatte Schlesinger zuletzt zur Rechtfertigungslegung einbestellt. Schlesinger verweigerte die Befragung und ließ den Termin verstreichen. (ale)

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand.de/verteilen

Erst der Bruch von Regierungsmitgliedern und Großkonzernen mit dem Grundgesetz, dem Nürnberger Kodex (Verbot von ungefragten Pharmaexperimenten) und dem Menschenrecht. Nun will die Verbrecherkaste unsere Landwirte abwürgen.

UNSERE BAUERN FAHREN NACH BERLIN!



Seit Mitte der Woche auf den Straßen in Richtung unser aller Hauptstadt: Deutsche Landwirte wehren sich. Foto: Hannes Henkelmann

Der neue Feudalismus: Unabhängige Versorgung und kleinbäuerliche Betriebe werden sabotiert, um uns in die Abhängigkeit von Großkonzernen und Oligarchen zu treiben. Doch unsere Landwirte wehren sich. BERICHT von Felix Feistel

Seit Wochen demonstrieren in den Niederlanden Bauern gegen ein Gesetz, das die Stickstoff- und Ammoniakemissionen verringern soll. Davon wären vor allem Viehzüchter betroffen, von denen mindestens ein Drittel ihre Betriebe aufgeben müssten. Die Proteste dagegen eskalieren immer mehr, legen mittlerweile Teile der Niederlande lahm und treffen laut Medien auch die Supermärkte. Regale blieben leer. Auch von Schusswaffengebrauch seitens der Polizei wurde bereits berichtet.

Die Umwelt zu schützen ist erst einmal ein hehres Ziel, doch die Art und Weise, dieses zu erreichen, ist verdächtig. Denn der Stickstoff gelangt hauptsächlich durch ein Übermaß an Gülle in die Umwelt. Diese zu reduzieren, würde voraussetzen, den Viehbestand zu minimieren. Und genau das ist der Plan. 25 Milliarden Euro will die niederländische Regierung in die Hand nehmen, um Bauern dafür zu bezahlen, entweder umzusiedeln oder ihren Beruf an den Nagel zu hängen. Gehen die Bauern nicht auf das Angebot ein, werden sie enteignet. Ein Drittel der Rinder, Schweine, Hühner, Schafe und Ziegen soll demnach verschwinden. Und auch, wenn die Tierproduktion in Europa absurd ist, so sollten diese Pläne aufhorchen lassen. Denn sie fügen sich in eine ganze Reihe weiterer Meldungen der jüngeren Vergangenheit ein.

So wurden sowohl in Großbritannien, als auch in den USA Programme aufgelegt, die Bauern dafür bezahlen sollen, ihren Beruf an den Nagel zu hängen und ihr Land dem Staat zur Verfügung zu stellen, sodass er dieses in Naturschutzgebiete umwandelt. Das passiert im Jahr 2022, in dem eine Lebensmittelknappheit durch die russische Intervention in der Ukraine allgemein zur nächsten großen Bedrohung stilisiert wird. Hier wird in naher Zukunft ein Mangel an Düngemitteln aufgrund der Sanktionen gegen Russland und Weißrussland erwartet. Beide Länder zusammen sind die größten Lieferanten für Düngemittelbestandteile wie Ammoniak. Hinzu kommen Fälle von Schweinegrippe und Vogelgrippe in verschiedenen Ländern, die dazu führten, dass hunderttausende Tiere geschlachtet wurden. Nachgewiesen wurden diese Krankheiten allein mit dem nutzlosen PCR-Test.

AUCH ENTSCHLOSSENSTE TIERSCHÜTZER MÜSSEN JETZT WACHSAM SEIN

Unter dem Vorwand der Vogelgrippe wird in Großbritannien nun auch das private Halten von Hühnern erschwert. Denn diese Hühner, die sich oft auf wenige Tiere im Garten von Privatpersonen beschränken, wird die Verbreitung der Krankheit angelastet, verbunden mit der Forderung nach stärkerer Kontrolle.

Die Propaganda der Nahrungsmittelknappheit ernstgenommen, ergibt keine dieser Maßnahmen Sinn! Denn gerade dann müsste ein Überschuss an Fleisch und Eiern das Ziel einer Politik sein, die ihre Bevölkerung vor dem Verhungern bewahren will. Hinzu kommt, dass bei baldiger Knappheit von Düngemitteln aufgrund der westlichen Sanktionen gerade Gülle ein gutes Ausgangsprodukt ist, diesen Mangel zu kompensieren.

In den USA kommt es zudem in letzter Zeit zu einer statistisch auffälligen Häufung von Bränden und Unfällen in Lebensmittelbetrieben, die eine Sabotage vermuten lässt. Das alles schließt sich an eine willkürliche Zerstörung der internationalen Lieferketten sowie die willkürliche Zerstörung von klein- und mittelständischen Unternehmen durch die Coronamaßnahmen an. Hinzu kommt, dass Russland angekündigt hat, keine Lebensmittel mehr an »unfreundliche Staaten« zu exportieren. Alles in Allem zeichnet sich eine baldige Katastrophe für die Lebensmittelversorgung im Westen ab.

Was verbindet all diese scheinbar unverbundenen Berichte und Meldungen miteinander? Die Antwort findet sich bei den Reichen und Mächtigen. So hat die Rockefeller-Stiftung am 28. Juli 2020 den Bericht »Reset the Table: Meeting the Moment to Transform the U.S. Food System« veröffentlicht (etwa: im richtigen Moment das US-Nahrungssystem transformieren). Der Plan hat Anklänge an den »Great Reset« (großes Zurücksetzen) des *World Economic Forum* (WEF), der nur einen Monat zuvor verkündet worden war. Damals existierte die »Pandemie« erst vier Monate, dennoch ist in dem Bericht von schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung die Rede, die es aber noch überhaupt nicht gab.

Eingekleidet in wohlklingende Phrasen von Gerechtigkeit und Regionalität wird eine grundlegende Umgestaltung der Nahrungsmittelversorgung empfohlen. Besonderer Fokus wird auf kleine und mittelständische Betriebe gelegt. Hier soll Vieh in kleinen Beständen gehalten und der lokale Anbau gefördert werden, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen und alle Menschen zu integrieren. Was auf dem Papier nach purem Humanismus klingt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als großer Markt. Denn gegen Ende des Papiers beschreiben die Autoren, wie sie sich die Finanzierung vorstellen. Hier sollen selbsternannte Philanthropen investieren, die das natürlich, so soll es zumindest scheinen, aus reiner Nächstenliebe tun.

PUTSCHISTEN-OLIGARCHEN GREIFEN UNSERE LANDWIRTSCHAFT AN

Gleichzeitig soll die gesamte Versorgung *online* organisiert werden. Das größte Problem der Lebensmittelversorgung stelle, so der Bericht, die mangelnde Digitalisierung dar. Dieser Umstand müsse für eine gesicherte Versorgung behoben werden. Demnach soll die Vermarktung der Lebensmittel über Onlineplattformen stattfinden. Menschen wie Bill Gates kommt das sehr gelegen. Denn dieser hat schon vor einiger Zeit in einen großen Online-Supermarkt namens Picnic investiert. Bill Gates ist schon länger in die Umgestaltung des Nahrungsmittelsektors involviert, wie die Umweltorganisation Navdanya, die unter Anderem von der indischen Umweltaktivistin und Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva gegründet wurde, in dem Bericht »Gates to a Global Empire … over Seed, Food, Health, Knowledge and the Earth – a Global Citizens Report« schreibt. Gates sei dabei, ein globales Imperium von Saatgut, Pharma, Bildung zu errichten.

Demnach ist auch der Nahrungssektor Ziel des *Great Reset*, der auch hier die »vierte industrielle Revolution« (Klaus Schwab, WEF) voranbringen soll, um die Nahrungsmittelversorgung zu digitalisieren, zu zentralisieren und Daten zu sammeln. Dieser Vorstoß werde von internationalen Organisationen und Staatsoberhäuptern unterstützt, die Hand in Hand gehen mit den Wünschen der Großkonzerne nach einer weiteren Konzentration des Agrar- und Ernährungssystems. Auch Laborfleisch und Insekten sollen hier eine Rolle spielen. Bill Gates und andere Oligarchen finanzieren schon länger entsprechende *StartUps*. Bill Gates ist zudem auch der größte Eigentümer von Farmland auf diesem Planeten.

Es ist wenig verwunderlich, dass »Philanthropische« Stiftungen wie die *Open Philanthropy Foundation* auch die medialen Kampagnen gegen klassische Landwirtschaft und Selbstversorgung finanzieren, wie zuletzt einige Artikel des *Guardian*, welche gefährliche Zoonosen, die von privat gehaltenen Hühnern ausgehen, nahelegen. Großindustrie und Oligarchie greifen also mit allen Mitteln nach der Lebensmittelversorgung und wollen die Menschen in Abhängigkeit treiben.

So ist es auch in den Niederlanden, in denen beispielhaft die Provinz Gelderland einen Plan für den »Wiederaufbau« vorgelegt hat, in welcher lokale Landwirtschaft kaum eine Rolle spielt, wie die DW-Partnerzeitung *De andere Krant* berichtet. Die Bauern sollen demnach dem Wohnungsbau, Solaranlagen und neuen Naturreservaten weichen. 10 Prozent der Ackerfläche, oder 220.000 Hektar sollen allein in »neue Natur« umgewandelt werden, und damit ein Vielfaches dessen, was für den Wohnungsbau vorgesehen ist. Diese Zahl entspricht genau der von dem *EU-Green-Deal* avisierten zehnprozentigen Flächenstillegung.

NAOMI WOLF WIES NACH: GENSPRITZEN VERHINDERN MUTTERMILCH

Es ist grundsätzlich nichts gegen den Umweltschutz zu sagen. Doch wenn den Menschen die Möglichkeit der Wahl genommen, unter dem Vorwand des Umweltschutzes eine Ernährungsweise aufgezwungen wird, und sie in die Abhängigkeit von Konzernen und Oligarchen getrieben werden, dann stellt sich die Frage, was das eigentliche Ziel ist. Eine Frage, die sich leicht beantworten lässt: Es ist der Versuch, die Menschheit in einen neuen, globalen Feudalismus zu treiben, in dem die Feudalherren über alles, von der Nahrung, über die Informationen, bis hin zum Geld herrschen können. Dies ist ein System der totalen Abhängigkeit, wie es die Menschheit bisher noch nie gesehen hat. Derzeit wird diese über die bewusste Zerstörung der Lebensmittelversorgung erzwungen. Deswegen wird auch die Selbstversorgung angegriffen. Denn diese, zusammen mit kleinbäuerlichen Strukturen, würden die Menschen unabhängig machen und ihnen Freiheit ermöglichen, die nicht gewollt ist.

Besonders grausam wird die intendierte Abhängigkeit im Bereich der Ernährung von Babys. Denn wie Naomi Wolf, US-amerikanische Schriftstellerin und Aktivistin berichtet, nachdem sie gemeinsam mit tausenden Medizinern und Wissenschaftlern die von Pfizer heraus geklagten Zulassungsdokumente für die »Impf«-Stoffe durchgearbeitet hat, bewirken die Genspritzen bei vielen Müttern eine Unfähigkeit, ihre Babys zu stillen. Entweder produzieren sie überhaupt keine Milch mehr, oder aber in die Milch übertragen sich die Spikeproteine und Cytokine, die dann auf das Baby übergehen und bei diesem zum Tod führen können. Je öfter junge Frauen sich die Spitze verabreichen lassen, desto weniger können sie in Zukunft ihre Babys stillen. Hier springt ein, unter anderem von Bill Gates finanziertes, StartUp in die Bresche: Biomilq. Dieses spezialisiert sich darauf, Muttermilch im Labor mittels künstlicher Brustzellen zu produzieren. Damit wird die Menschheit zwangsweise immer weiter von einer natürlichen Ernährung entfernt. Von biologischer oder natürlicher Ernährung ist in dem Bericht der Rockefeller-Stiftung auch keine Rede. Gesunde Ernährung ist hier nur, was sich industriell produzieren und zentralistisch vermarkten lässt.

Die Oligarchie schafft sich also mit aller Gewalt ihre Märkte, treibt Menschen bewusst in die Abhängigkeit. Daher ist es wichtig, Corona, die Ukraine-Krise und das Thema der Nahrungsmittel miteinander im Kontext zu sehen. Corona war nur der erste Schritt einer globalen Umgestaltunge hin zu einem modernen Feudalismus. Ukraine und die Nahrungsmittel sind der zweite Schritt, und auch Klima und Umwelt werden in diese Agenda einbezogen. Die Woche der Demokratie sollte also auch eine Woche der Bauern werden. Traktorenkolonnen sind laut Meldungen vor Redaktionsschluss bereits auf dem Weg.

Geschichte geschrieben, weiter vorwärts!

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gibt nicht auf.


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

1.

Corona und die Weltwirtschaftskrise: *Deren* System ist am Ende. *Unseres* war es nie.

Wir bestehen
- auf die ersten 20 Artikel unserer Verfassung, die wir geeint gegen Schlechteres verteidigen
- auf die Würde der Alten & der Kranken, sie gehören zu uns
- auf Verhinderung obrigkeitsstaatlicher Schikanen
- auf Beendigung des Notstands-Regimes
- auf Wahlen & umfassende Transparenz
- auf öffentliche Diskussion, Versammlungen & Pressefreiheit; zum Virus gibt es mind. zwei Meinungen!
- auf Freizügigkeit & Bürgerrechte
- auf demokratische Regeln für unser künftiges Wirtschaftssystem.

SAMSTAG, 4. APRIL 2020 UM 15:30 UHR, ROSA-LUXEMBURG-PLATZ, BERLIN.

Zweite Hygienedemo für Verfassung, Grundrechte & transparente Gestaltung der neuen Wirtschaftsregeln durch die Menschen selbst. Mit 2-Meter-Abstand, Mundschutz* und Grundgesetz.

2.

Wir finden uns friedlich und geschickt zusammen. Wir respektieren die Hygieneregeln, so gut wir können.

Das bedeutet, dass wir Schals oder Mundschütze mitbringen. Wir halten den 2-Meter-Abstand ein. Wir gehen und stehen maximal in Paaren.

Wir sprechen mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern von der Polizei korrekt und freundlich. Sie sind auch Menschen. Wir bitten diese, sich ein eigenes Bild zu machen.

Wir kommen zusammen im Sinne unser aller Verfassung, dem Grundgesetz. Wer die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes (GG) im dort hingeschriebenen liberalen Sinn unterstützt, ist unsere Mitstreiterin, unser Mitstreiter, und willkommen.

Gemeinsam lehnen wir die Abschaffung der öffentlichen Diskussion ab, die Selbstunterwerfung unserer Parlamente unter das Notstands-Regime, die Gleichschaltung der einstmals freien Presse und vor allem die Eingriffe in unsere Bewegungs- und Versammlungsfreiheit!

3.

Wir haben unsere Hygienedemonstration der Versammlungsbehörde bekanntgegeben. Am Freitag, den 27. März, hatten wir am Vormittag ein eingehendes Telefonat. Unser Vorgehen ist dort angemeldet und deckt sich mit dem Grundgesetz, unserer Verfassung, sowie den Hygieneregeln, wie sie die Bundeskanzlerin bekanntgegeben hat.

Eine Machtübernahme über unsere Grundrechte durch das Gesundheits- bzw. Pharmakonzernministerium unter Jens Spahn und der angeschlossenen Ämter akzeptieren wir nicht.

Teile der Regierung wollen uns in Todesangst halten. – Nein dazu!

Wir geben heute Exemplare der Grundgesetze aus. Unter der Rad-Skulptur am Rosa-Luxemburg-Platz („RLP") befindet sich unsere legale Aufstellung.

Auf dem RLP ab jetzt jeden Tag um 15:30 Uhr: Mahnwache unter Wahrung der Hygiene mit GG-Ausgabe. Nutzt schwarze Bretter! Telefoniert und sprecht Euch ab. Solange wir noch können.

FREIHEIT GLEICHHEIT GESCHWISTERLICHKEIT

KOMMUNIKATIONSSTELLE DEMOKRATISCHER WIDERSTAND E.V.I.GR. BERLIN

NICHTOHNEUNS.DE

Sie sehen: Das zweite Flugblatt der Demokratiebewegung aus dem Jahr 2020. Am 28. März 2020 hatte die weltweit erste Demonstration gegen das Corona-Putschregime in Berlin stattgefunden.

Die dezentrale Demokratiebewegung NichtOhneUns und viele weitere Initiativen folgten, darunter die historischen Demonstrationen von Querdenken mit Millionen Teilnehmern im August 2020 sowie ein erster und ein zweiter Corona-Ausschuss mit Videos von Anwälten im Internet.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, entstanden aus diesen ersten Flugblättern, konzipiert und gestaltet vom Publizisten Anselm Lenz mit dem Dramaturgen Hendrik Sodenkamp, verbreitet sich seit 17. April 2020 bundesweit. Die fünfte Ausgabe erreichte eine Auflage von über 700.000 Exemplaren. Wir wollen und werden bleiben • ABO Seite 15 • SPENDEN siehe Impressum und *demokratischerwiderstand.de*. **Vielen Dank allen UnterstützerInnen!**

KAFFEKÜCHENHILFE IM REGENBOGENTANGA

Auswertung einer Telegram-Umfrage über die politische Linke. | Ein KOMMENTAR von Anselm Lenz

Wir fragten am Dienstagabend in einer *Online*-Umfrage: »Warum zeigten sich Teile der ›Linken‹ und der vormals ›Kritischen‹ als besonders anfällig für die Corona-Lüge?

Ein erstes Meinungsbild ergab, dass »Lust am Quälen und Töten« eher weniger unterstellt werden. Stand Donnerstag 10 Uhr glauben elf Prozent, dass Menschen, die sich als eher politisch links verorten, besonders gern anderen Menschen körperliche Schäden zufügen. Rätsel gibt das Gebaren vieler Linker in der Tat auf, die doch einmal die Interessen der sogenannten unteren Klassen vertreten sollten. Acht Prozent gaben ihre Stimme der Antwortmöglichkeit, dass eine »weit verbreitete Suizidalität« der Grund für die Unterstützung der Linken für die Corona-Lüge sei, gewissermaßen ein pervertierter Todestrieb und eine spezifisch technische Form des Totenkultes.

Eher schon wird angenommen, dass eine Hoffnung vorherrsche, nach den vielen »Niederlagen nun mächtige Genossen unter Konzernoligarchen zu haben«. In Fachkreisen spricht man bereits über einen »Neofeudalist Turn«.

Entgegen jeder empirischen und theoretischen Basis glauben Linke heute, sie würden von den reichsten Männern des Westens womöglich ins Paradies auf Erden geführt. 17 Prozent sind der Ansicht, dass dies der Hintergrund sei. 31 Prozent sehen gar eine »typisch irrationale (quasi-religiöse) Erlösungssehnsucht der Linken« am Werk.

34 Prozent gehen davon aus, dass Linke insbesondere das Bedürfnis haben, »in den *Mainstream*-Medien gut dargestellt zu werden«. Das Messen an Taten von sich selbst und anderen ist demnach damit wohl überwunden worden, es geht nur noch um Selbstdarstellung und moralische Worte.

In der Umfrage sind Mehrfachnennungen möglich. 36 Prozent sind der Ansicht, dass Linke »bestochen wurden«. Gemeint sind womöglich sogenannte Gelbe Gewerkschafter wie der berüchtigte Cheffunktionär Jörg Reichel der sogenannten Deutschen Journalisten-Union. Er vertritt nach Meinung Hunderter Berliner Journalisten gänzlich andere Interessen als jene, sich für die Interessen von Journalisten einzusetzen.

Dies obwohl das finstere Beispiel Reichel nach eigenen Angaben aus dem Jahr 2017 rund 5.500 Euro monatlich aus den Gewerkschaftsbeiträgen ausgezahlt bekommt. Das korrespondiert mit der Antwort, die 33 Prozent auswählten. Unter Linken gebe es eine generelle »Anfälligkeit für stumpfen Materialismus«. Dieser erkläre auch den Hang zu Pharmazeutika und Injektionen. Zudem wird auch den politisch Linken attestiert, dass »Berufspolitik als systematische Bestechung wirkt«, Berufspolitiker und Funktionäre also unter der Tristesse der Repräsentation immer den parasitären Apparat stützen würden und nie das Volk.

Die Mehrheitsmeinungen entfallen indes auf naheliegende Erklärungen. Auf die Frage, warum insbesondere Linke die Corona-Lüge stützten, wählten 42 Prozent die Antwort »weil es ihnen gesagt wurde« aus. Die Linken sind demnach also dem Autoritarismus erlegen, eine Charaktereigenschaft, die vormals weit eher mit »politisch rechts« in Verbindung gebracht worden war. Die meisten Stimmen bekommt mit 45 Prozent die Antwort, »weil (Linke) am Ende doch nur dazugehören wollen«. Politisch Linke seien »konfliktscheu« und hätten sich mit der Rolle des »Reparaturbetriebs des Großkapitals« abgefunden.

Damit gäbe es zum »Linkssein« kein eigenständiges Theoriegebäude und keine Praxis, sondern die politische Linke in Parteien, Organisationen und Medien fungiert demnach bildlich als Kaffeeküchenhilfe und Lustobjekt im Regenbogentanga für De-facto-Diktatoren. Eine Metapher, die sich durchaus mit dem Straßenbild deckt, wenn etwa Sexparaden für den Nato-Expansionskrieg in Osteuropa, den faschistoiden ukrainischen Ultranationalismus und Tierschutz miteinander verknüpft werden.



WER BIST DU, MENSCH?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von S.U.I.

Wenn wir menschlich bleiben wollen, brauchen wir ein Umdenken darüber, wer wir Menschen sind. Antworten finden wir beim Schöpfergott der Bibel.

Ich glaube, dass so manche Verirrungen früher und heute die bitteren Früchte eines Menschenbildes sind, das den Menschen entweder überhöht oder entehrt. Wer den Menschen nur als ein höher entwickeltes Tier sieht (Homo sapiens) oder ihn zum Gott machen will wie neuere Ideen rund um den Transhumanismus (vgl. Yuval N. Harari), der fügt langfristig der Menschheit großen Schaden zu.

Sehen wir in die Bibel, erhalten wir Orientierung darüber, wer wir sind. Ein wichtiger Aspekt ist, uns unserer hierarchischen Position klar zu sein: Zum einen ist jeder Mensch Ebenbild Gottes (Imago Dei) und »wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit gekrönt« (Psalm 8,6). Wir sind die Krone der Schöpfung und dürfen und sollen in Verantwortung gegenüber unserem Schöpfer eigenverantwortlich Leben gestalten und Macht ausüben. Diese Würde und Ehre kann leider verletzt werden, aber weicht niemals von uns.

Zum anderen führt der Mensch seit dem Sündenfall und der Paradies-Vertreibung ein gebrochenes Dasein. Uns prägen Streit, Neid, Mord, Lüge, List. Wir haben einen inneren Kompass (Gewissen) bekommen und einen von Gott offenbarten Kompass (10 Gebote, Bergpredigt), aber halten uns nicht dran. Wir haben Herzen (in biblischer Symbolsprache der Sitz für Entscheidungen), die sich »von Jugend an« auf Böses ausrichten (1. Mose 8,21). Unsere »Gottes-Ebenbildlichkeit« ist verzerrt. Deshalb sind wir aufgefordert, vor Gott und voreinander um Vergebung zu bitten: »Und vergib uns unsere Schuld wie auch wir vergeben unseren Schuldigern« (Matthäus 6,9). Zugeben, dass wir fehlbar sind und Vergebung brauchen, ist »Demut«.

Menschlich bleiben heißt also, in De-Mut unsere Knie zu beugen vor dem heiligen Gott und umso mutiger gerade zu stehen als Ebenbild Gottes in »Ehre und Herrlichkeit« – allen Attacken zum Trotz.

Die Autorin ist der Redaktion bekannt. Die Veröffentlichung ihres Namens würde ihre berufliche Existenz gefährden.

POP POP

Von Nicolas Riedl

Nena ist zurück vor einem Millionenpublikum.
Foto: MDR

NENA ENTCANCELT

Was in einer freien und offenen Gesellschaft selbstverständlich sein sollte, wurde zum Politikum hochgejazzt: Nena durfte im *MDR* bei »Das große Schlagercomeback 2022« neben Florian Silbereisen auftreten – und das obwohl sie sich kritisch zu den Corona-Freiheitseinschränkungen geäußert hatte. Der *MDR* verteidigte diese Entscheidung in einer Stellungnahme: »Nena hat sich kritisch zu den Corona-Maßnahmen geäußert. Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sind elementare Bestandteile einer pluralistischen Gesellschaft.« Infolgedessen trendete der Twitter-Hashtag »#dankeNena«.



Opernsängerin Anna Netrebko fand Gefallen an der oberpfälzischen Metropole.
Foto: instagram: anna_netrebko_yusi_tiago

ANNA NETREBKO ENTCANCELT

Nachdem Baden-Baden, Berlin, New York und Stuttgart die russische Opern-Sängerin gecancelt hatten, öffnete ihr Regensburg die Türen zu den Schlossfesten. Bei ihrem Konzert in der Donau-Metropole begeisterte sie Tausende Menschen. Zugleich formierte sich vor dem Veranstaltungsort eine kleine Gruppe von Gegendemonstranten. Diese empörten sich darüber, dass Regensburg nicht dem Beispiel anderer Städte gefolgt und Netrebko gecancelt hatte. Die Sängerin beteuerte nach Kriegsbeginn immer wieder, dass sie keine politische Person sei und sich zugleich ein Ende des Krieges dringlich wünsche. Dass sie bei Preisverleihungen des öfteren Präsident Putin begegnete, wird ihr seitens ihrer Kritiker angelastet. Nach eigenen Aussagen habe sie nie finanzielle Zuwendungen durch die russische Regierung erhalten.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Strategien der Macht.
Wie die Eliten uns die Freiheit rauben und wie wir sie zurückgewinnen
Roland Rottenfußer
Rubikon
978-3-96789-034-1



Zwei Tage in Berlin.
Fest für Frieden und Freiheit
29. - 30.08.2020.
Hannes Henkelmann
Driediger Verlag
978-3-932130-63-2



Friedrichs Traum von der Freiheit.
Ein illustriertes Lesebuch für Kinder ab 7 Jahren – und Erwachsene
Ernst Wolff
Aurinia Verlag
978-3-98584-230-8



Eine Erde für alle!
Einssein Versus das 1 %
Aufstehen gegen die Monokultur von Wirtschaft und Weltsicht
Vandana Shiva
Neue Erde GmbH
978-3-89060-797-9



Die Mühlen der Zivilisation.
Eine Tiefengeschichte der frühesten Staaten
James C. Scott
Suhrkamp
978-3-518-29934-0



Letzter Ausweg: Permakultur.
So krempeln wir unsere Landwirtschaft um und sichern unser Überleben. Konzepte, Pläne, Hintergrundwissen
Jonas Gampe, Edition Loewenzahn
978-3-7066-2690-3



Der Urzeit-Code.
Die ökologische Alternative zur Gentechnik
Luc Bürgin
Langen-Mueller Verlag
978-3-7844-3587-9



Saruj.
Stell' dir vor, es gibt kein Geld mehr
Bilbo Calvez
Meiga
978-3-927266-81-0



Kindheit 6.7
Ein Manifest

Michael Hüter
Edition Liberi & Mundo
978-3-200-05507-0



Das Nichtkampf-Prinzip.
Konfliktbewältigung – De-Eskalation – Selbstverteidigung
Rüdiger Lenz
Pabst, Wolfgang Science
978-3-89967-153-7

Langeweile, Du Schöne!

KOMMENTAR *von Anselm Lenz*

Boah, ist das langweilig! Ich möchte zur Langeweile auf der Erde im Allgemeinen und der Ukraine im Besonderen hiermit beitragen.

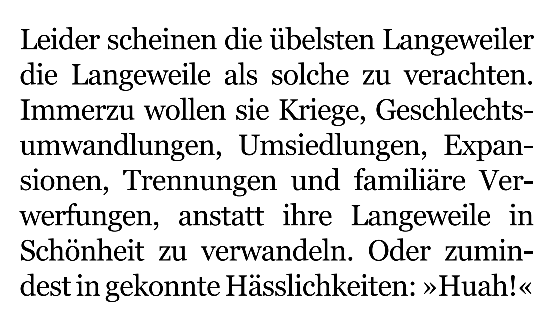
Gähn. Wenn es so richtig schön langweilig ist, ist schonmal nichts Schlimmes passiert. Die Langeweile kommt in existentiellen Situationen kaum auf und, oh traurige Action, im Jemen ist es derzeit alles mögliche, aber nicht langweilig. Ebenso war es bei der völkerrechtswidrigen Invasion der US-/UK-Armeen in der Republik Irak ab März 2003 leider nicht langweilig. Über 1,1 Millionen Menschen kamen laut *ORB* -Studie durch die Invasion ums Leben.

HÖFLICHE BITTE

Heute sollte es in der Ukraine gern erheblich langweiliger sein und es wäre leichtens möglich, wenn Nato und EU einfach aufgäben, worum ich hiermit höflich bitten möchte. »Wir« haben in der früheren Sowjetrepublik einfach nix zu suchen. Langweilig, aber wahr. (Ob die Russen dort finden, was sie verloren, mag andere aufregen. Ölquellen sind es eher nicht.)

Langeweile? Friedliche Angelegenheit! Aus ihr entstehen die edelsten Momente: Bildende Kunst, Musik, Literatur, Tanz und spleenige Hobbies. Wem langweilig ist, wird etwas einfallen. Wer sich mit Langeweile lange quält, hat zuerst ein seelisches und dann ein kulturelles Problem. Langeweile ist wahrer Luxus, Freiheit! Die Einladung zu Fantasie, Forschung, Erfindung, Geselligkeit.


Foto: John Heartfield (Szpilki 1964)



Leider scheinen die übelsten Langeweiler die Langeweile als solche zu verachten. Immerzu wollen sie Kriege, Geschlechtsumwandlungen, Umsiedlungen, Expansionen, Trennungen und familiäre Verwerfungen, anstatt ihre Langeweile in Schönheit zu verwandeln. Oder zumindest in gekonnte Hässlichkeiten: »Huah!«

Wenn ich also für mehr Langeweile bin, ist das ein fortschrittliches Ziel. Realpolitisch übersetzt bedeutet mehr Langeweile Frieden, Freiheit, keine Diktatur, sozialer Ausgleich, spielende Kinder mit Mutter und Vater, Arbeitszeitverkürzung und -verteilung, echte Entwicklungshilfe, weniger Armut, weniger Hektik, mehr Selbstbeherrschung, echte Hobbies und ein steigendes Durchschnittsniveau. Es gäbe soviel zu tun, anstatt sich mit diesen perversen Langeweilern aus Berufspolitik und Oligarchenkonzernen und ihren saudummen Kids herumzuärgern. Die müssen leider sofort friedlich abgesetzt werden.

Anselm Lenz arbeitet ist seit 1996 in Journalistenverbänden organisiert, war Gründer der Autorengruppe »Haus Bartleby«, ist Mitglied der Wiener Nestroy-Akademie, ist heute Journalist und Verleger.



SPORT MIT BERTHOLD

UNSER KÖRPER IST NICHT ZUM SITZEN GEBAUT.

Die freie Schulmedizin gibt es leider nicht mehr, die Strukturen sind inzwischen völlig »vermachtet«. Ich bin der Ansicht, dass Chlordioxidlösung (CDL) ein spannendes Thema ist.

Die Medizinerseite im Internet *comusev.de* gibt interessante Einblikke, Wissen und Erfahrungsberichte weiter. Den Pharmakonzernen passt das, wie so vieles, überhaupt nicht ins Geschäft. In Russland werden zum Beispiel die Errungenschaften von N. Tesla weiterhin gelehrt, was in der westlichen Welt leider nicht stattfindet. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Selbstheilungskräfte der Schlüssel zur Gesundheit sind. Dazu gehört aber auch ein Glaube daran, der bei der Konsequenz hilft, im Alltag alles dafür zu tun, um sein Immunsystem zu stärken: Weniger Stress, weniger elektromagnetische Belastung, positive Ernährung und Gedanken. Unser Körper ist nicht zum Sitzen gebaut: Selbstverständlich gehört auch Bewegung dazu. Ich wünsche auch der Demokratiebewegung einen guten Vorwärtsgang bei der Woche der Demokratie in Berlin!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. WIR BRAUCHEN WILLEN.
LEONARD COHEN

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 99. Ausgabe ab Samstag, 30. Juli 2022. | Redaktionsschluss war am 28. Juli. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. **| Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 100 erscheint am 6. August 2022.